

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

92. Sitzung
26. November 2025

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 18.30 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde, sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass als Tischvorlagen jeweils ein Maßgabebeschluss zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14 sowie eine Vertagungsliste der Fraktionen der CDU und der SPD vorlägen. Des Weiteren hätten die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktionen der CDU und der SPD zu Tagesordnungspunkt 17 Änderungsanträge zu den Einzelplänen 07 und 12 eingereicht.

Dr. Kristin Brinker (AfD) gibt zu Protokoll, dass ihre Fraktion die Änderungsanträge, die sie sonst eingereicht hätte, krankheitsbedingt nicht einreichen können und dies zur Restelektur nachholen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werden könne. Die Fraktion Die Linke werde ihre Änderungsanträge ebenfalls bei den Restelekturen einreichen.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, mit der Vertagung von Tagesordnungspunkt 2 beantrage die Koalition die Vertagung eines Berichts aus dem Sommer 2025 über das Verhalten des Senats zum Konzessionsvertrag Gas, bei dem die Verhaltensfrist in wenigen Tagen ablaufe. Inhalt des Berichts sei, dass noch Abstimmungsbedarf im Senat bestehe. Dieser Bericht solle nun auf einen Termin weit nach der Frist vertagt werden. Man habe also keine Chance, darüber zu sprechen, wie der Senat sich dazu verhalten wolle, bevor der Senat sich dazu verhalte, weil der entsprechende Bericht hier nicht beraten werden könne, bevor der Senat sich dazu verhalten müsse. Dies finde er merkwürdig. Es sei schon merkwürdig genug, dass hier wenige Tage vor der Frist eine Vorlage vorliege, laut der noch Abstimmungsbedarf im Senat bestehe. Im Übrigen liege die Frist vor der nächsten Senatsitzung, der Senat müsste also eine Sondersitzung abhalten. Die Koalition wolle der Opposition die Chance nehmen, die wichtige Frage, ob der Konzessionsvertrag mit der GASAG vorfristig gekündigt werden solle, hier zu besprechen. Dies sei so nicht zu akzeptieren.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, den Tagesordnungspunkt 2 auf die Sitzung am 21. Januar 2026, den Tagesordnungspunkt 10 auf die Sitzung am 3. Dezember 2025 und den Tagesordnungspunkt 15 auf die Sitzung am 5. Dezember 2025 zu vertagen.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**
- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, es lägen keine Empfehlungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I A 22 – vom
19.06.2025
Konzessionsvertrag Gas
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

[2203 A](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt zur Sitzung am 21. Januar 2026.

Inneres und Sport – 05

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2553
**Gesetz zur Reform des Berliner Polizei- und
Ordnungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zu
Artikel 29 der Verfassung von Berlin**

[2356](#)
Haupt
BildJugFam*
InnSichO(f)
IntGleich*
DiDat*

hierzu:

Stellungnahme des Senats – SenInnSport III D 17 –
vom 14.11.2025

[2356 A](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, es liege eine Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 17. November 2025 vor – mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen Grüne und Linke –, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Steffen Zillich (LINKE) wünscht zu erfahren, ob eine außerordentliche Senatssitzung vor der regulären Senatssitzung am 2. Dezember 2025 geplant sei.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) antwortet, darüber habe er keine Kenntnis.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme des Antrags Drucksache 19/2553 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen. Darüber hinaus nimmt der **Ausschuss** die Stellungnahme rote Nr. 2356 A zur Kenntnis.

Punkt 3 A der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2359
**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zu Artikel 29 der
Verfassung von Berlin**

[2282](#)
Haupt(f)
BildJugFam*
IntGleich
Recht

hierzu:

Stellungnahme des Senats – SenInnSport I A 16 – vom
12.11.2025

[2282 A](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt informiert, es liege eine Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 13. November 2025 vor – mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen Grüne und Linke –, den Antrag abzulehnen.

Ohne Aussprache beschließt der **Ausschuss**, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2359 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen. Darüber hinaus nimmt der **Ausschuss** die Stellungnahme rote Nr. 2282 A zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Schreiben SenInnSport – ZS D 2 Moe (V) – vom
17.11.2025

[2508](#)
Haupt

**Verlagerung von qualifizierten Sperren in den
Haushaltskapiteln 0571 und 0572 des Landesamtes
für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)**

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt die Frage, ob die laut dem Schreiben deutlich erhöhten Ausgaben von Führerscheinen an anderer Stelle zu höheren Einnahmen aufgrund der Verwaltungsgebühren führten. Oder wie verhalte sich dies genau, auch mit den Ausgaben an den Bund, die getätigt werden müssten?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) erwidert, die Frage dränge sich auf, aber leider sei dem gegenwärtig nicht so, weil auch die Einnahmen aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen vorgesehen seien. Dort habe es jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Anpassung der Einnahmenseite gegeben. Gleichwohl habe die Bundesdruckerei die Kosten für den gesamten Themenkomplex stark erhöht, sodass hier gegenwärtig eine gewisse Schieflage zu verzeichnen sei. Die Länder seien dazu im Gespräch mit dem Bund, um hier die erforderlichen bundesrechtlichen Anpassungen auch auf der Einnahmenseite zu erzielen, damit diese Schieflage abgestellt werden werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2508 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – 07

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion die Linke
Drucksache 19/2224

[2164](#)
Haupt
Mobil

**Bus, Tram und Bahn sichern – gute Arbeit mit
ausreichend Personal bei der BVG unterstützen**

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, es liege eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 5. November 2025 vor – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen Grüne und Linke bei Enthaltung der AfD –, den Antrag, auch mit geändertem Berichtsdatum „31. März 2026“, abzulehnen.

Ohne Aussprache beschließt der **Ausschuss**, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2224 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2343 [2237](#)
Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Haupt
Abkommens über die Zentralstelle der Länder für UK
Sicherheitstechnik

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, es liege eine Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 13. November 2025 vor – einstimmig mit CDU, SPD, Grünen und Linken bei Enthaltung der AfD –, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2343 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2422](#)
Drucksache 19/2655 Neu Haupt(f)
Abschluss des Änderungsvertrages zum Vertrag GesPflg*
zwischen dem Land Berlin und der Charité – WissForsch*
Universitätsmedizin Berlin gemäß § 4 Abs. 1 und 2
Berliner Universitätsmedizinergesetz für den Zeitraum
2025 bis 2028

Vorsitzender Stephan Schmidt informiert, es lägen eine Stellungnahme des Ausschusses für Gesundheit und Pflege vom 13. Oktober 2025 – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen Grüne und AfD bei Enthaltung der Linken – sowie eine Stellungnahme des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 17. November 2025 vor – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen Grüne, Linke und AfD –, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen.

Silke Gebel (GRÜNE) konstatiert, in der Vorlage würden die Aufgaben der Charité unter den anderen finanziellen Voraussetzungen definiert. In einer derzeit kursierenden Liste habe sie gelesen, dass es vielleicht sogar mehr Geld für die Charité geben solle. Müsse der Vertrag noch einmal angefasst werden, oder werde sich das einfach ergeben? In der Anhörung habe man gehört, dass die Charité unter den aktuellen Bedingungen mehrere Ambulanzen schließen müsse und damit die Gesundheitsversorgung in Berlin reduziert werde. Inwieweit erwarte SenWGP, dass sich hieran seitens des Haushaltsgesetzgebers noch etwas ändern werde? Oder werde die Gesundheitsversorgung zukünftig reduziert angeboten werden?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) stellt klar, es werde nicht mehr Geld für die Charité geben, nur weniger weniger, wenn dies so realisiert werden würde. Man müsse hier von getrennten Finanzierungskreisläufen sprechen. Das eine sei die Gesundheitsversorgung über die normale Finanzierung von Krankenhäusern. Hier spreche man aber über den Charité-Vertrag mit der Finanzierung der Fakultät. Dies habe mit der Ambulanz nur peripher zu tun.

Bezüglich der Fakultät gebe es im Abgeordnetenhaus Bestrebungen, zumindest für die Ausbildung von Hebammen noch einmal weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht seines Hauses müsste man den Änderungsvertrag nicht noch einmal neu anpassen. Es würde genügen, dies mit der Charité zusätzlich fest zu vereinbaren. Er sehe nicht nur bei der Charité, sondern bei allen Hochschulen das klare Bestreben, auch bei den Einsparungsvorgaben so viele Studienplätze wie möglich zu erhalten. Man würde also am gleichen Strang ziehen.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, es sei interessant, dass es nach Ansicht von SenWGP keine Änderungsverträge zu den Hochschulverträgen geben müsse, wenn man mit einem bestimmten Zweck aufstocke – sofern er dies richtig verstanden habe. Habe dies Einfluss auf die Laufzeit bzw. auf die Zeit, für die eine entsprechende Angebotsausweitung – bzw. weniger starke Angebotsabsenkung – in der Fakultät durch das Land Berlin gesichert werde? Schließlich hätten die Hochschulverträge eine längere Laufzeit als der Haushalt.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) korrigiert, selbstverständlich werde man nach wie vor einen Änderungsvertrag zum Charité-Vertrag brauchen. Man werde nur keine Änderung des Änderungsvertrags brauchen, weil man zu einer anderen Summe komme. So habe er die Frage der Abgeordneten Gebel verstanden.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, sie verstehe, dass es grundsätzlich die Willensbekundung gebe, so viel sicherzustellen wie möglich. In dem heute zur Abstimmung stehenden Vertrag stehe, dass man den Masterstudiengang Hebammenwissenschaft zum Sommersemester 2026 zurückstellen werde. Es sei so wichtig, dass der Hebammenstudiengang nicht reduziert werde, damit weiterhin die Möglichkeit eines Masters bestehe, was mit einer Reduzierung des Bachelors um die Hälfte nicht möglich sei. Spiele dies für SenWGP eine Rolle?

Steffen Zillich (LINKE) äußert, dass man den Änderungsvertrag zur Umsetzung der Haushaltsrealität höchstwahrscheinlich brauchen werde, sei ihm klar. Ihm gehe es aber um diesen Punkt: Wenn eine Mittelaufstockung für diesen Zweck im Abgeordnetenhaus erfolgen werde, in welcher Qualität und für welchen Zeitraum werde dann die Verwendung dieser Mittelaufstockung gegenüber dem Leistungsniveau des Änderungsvertrags vereinbart werden, wenn es gelingen werde, dies ohne weitere Änderung des Charité-Vertrags zu tun?

Silke Gebel (GRÜNE) weist darauf hin, dass auf Seite 28 der Vorlage stehe, die Aufnahmekapazität bei der Hebammenwissenschaft liege bei 30 Plätzen. Sei dies das anvisierte Ziel? Müsste man nicht zumindest diese Zahl anpassen oder den Vertrag heute verschieben, bis es hierzu Klarheit gebe?

Franziska Brychey (LINKE) erinnert daran, dass die Charité in der Anhörung deutlich gemacht habe, dass sie die Mittel langfristig benötige, um die Hebammenwissenschaft fortzuführen. Dies müsste im BerlUniMedG etabliert werden, damit sie langfristig zur Verfügung stehen werde. Sei nach dem Haushaltsbeschluss noch eine weitere Novellierung des Gesetzes geplant?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) merkt an, es gehe um eine Vorlage auf einem gewissen Sachstand. Jetzt spreche man darüber, dass es im Abgeordnetenhaus gegebenenfalls eine Änderung der Finanzierungsgrundlage geben könnte. Man habe den faktischen Stand vorliegen und nicht den Stand dessen, was sich in den nächsten Lesungen des Haushalts noch

ändern könnte. Wenn es so weit sein werde, werde man eine andere Sachlage haben. Man dürfe sich nicht verlieren zwischen dem, was tatsächlich gerade auf dem Tisch liege, und dem, was sich in den nächsten Wochen noch ergeben könnte.

Genauso wie die unterschiedlichen Finanzierungskreisläufe müsse man auch die unterschiedlichen Regelungskreisläufe auseinanderhalten und schauen, welche Regelungswerke dafür da seien, die Zahl von Studienplätzen zu empfehlen. Das BerlUniMedG müsse hier nicht angepasst werden. In der aktuellen Vorlage heiße es, bei der diesem Änderungsvertrag zugrunde liegenden Finanzierung würden sich die Studienplätze in der Hebammenwissenschaft reduzieren. Es sei immer gemeinsames Verständnis gewesen, dass bei allen Hochschulen, auch bei der Charité, immer die Bereitschaft bestanden habe – und nach wie vor bestehe –, dass, wenn sich die Finanzierungsgrundlage etwas besser darstellen sollte oder die Kürzungen geringer ausfallen sollten, die Reduzierung von Studienplätzen nicht vorgenommen werden müsste.

Vorbehaltlich einer besseren Finanzierung, insbesondere, wenn sie vom Haushaltsgesetzgeber in der Erläuterung eindeutig für Hebammenstudienplätze festgelegt sein sollte, herrsche Einigkeit unter allen Vertragsparteien, und dies habe man auch immer klar signalisiert. Man habe mit der Charité vereinbart, dass in einem solchen Fall keine Änderung notwendig sei. Es stehe dem Haushaltsgesetzgeber frei, diese Mittel zur Verfügung zu stellen und festzulegen, für welche Laufzeit und ob sie mit VE hinterlegt seien oder nicht. Dies habe nicht die Exekutive zu bestimmen, sondern die Legislative. Die Laufzeit des Charité-Vertrags gehe bis 2028. Man werde sehen, was das Abgeordnetenhaus dazu beschließen werde, und man werde gemeinsam zu einer vernünftigen Umsetzung kommen. Grundsätzlich habe man das gemeinsame Ziel, dass man eine gute Versorgung auch dadurch generieren wolle, dass man eine qualitativ und quantitativ möglichst hohe Fachkräfteausbildung gewährleiste.

Silke Gebel (GRÜNE) wendet ein, der Vertrag sollte ja aber abbilden, was an Geldern zur Verfügung stehe. Da es hier noch Bewegung gebe, stelle sich die Frage, ob man nicht besser mit der Verabschiedung warten sollte, bis es beschlossen sei. Was sei das Argument dagegen?

Steffen Zillich (LINKE) sagt, er vermute, der Grund sei, dass man sich nicht dem Aufwand unterziehen wolle, mit der Charité neu zu verhandeln. – Er stelle Einigkeit darüber fest, dass, sollte es ohne eine Verankerung im Charité-Vertrag selbst eine Finanzierung für zusätzliche Studienkapazitäten geben, diese durch den Haushaltsgesetzgeber, um wirksam zu werden, so ausgestaltet werden müsse, dass eine Finanzierungssicherheit für diese Maßnahme zumindest für die Laufzeit des Hochschulvertrags bestehe.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) unterstreicht, niemand scheue den Aufwand, etwas neu zu verhandeln. Dies sei Teil dessen, was man mit der Charité geeint habe. Es gebe aber ein Verfahren, das bei Änderungsverträgen einzuhalten sei: einen Beschluss, eine Senatsbefassung usw. Dies habe nicht mit Aufwand, sondern mit Zeit zu tun. Es sei wohl im Interesse aller, hier für Klarheit, Planungs- und Rechtssicherheit zu sorgen. Von daher wäre eine solche Verzögerung kontraproduktiv, gerade wenn man das eigentliche Ziel auf anderem Wege erreichen könne.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, ob der Staatssekretär empfehlen würde, dem Titel einen Zweckbindungsvermerk hinzuzufügen, weil die Absicherung durch den Vertrag nicht gegeben sei und dies nur Exekutivhandeln darstelle.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) antwortet, er wolle sich nicht in die Arbeit der Abgeordneten einmischen. Dies sei eine Möglichkeit; es gäbe auch andere. Er habe absolutes Vertrauen darein und keinerlei Zweifel daran, dass die Charité ihr Wort halten werde.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2655 Neu zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2656	2423
Abschluss von Änderungsverträgen zu den Hochschulverträgen gemäß § 2a Berliner Hochschulgesetz für den Zeitraum 2025 bis 2028	Haupt(f) WissForsch*

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, es liege eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 17. November 2025 vor – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen Grüne und Linke bei Enthaltung der AfD –, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen.

Franziska Brychcy (LINKE) konstatiert, die 850 Mio. Euro weniger bis 2028 hätten massive Einsparungen zur Folge. Bis zu 14 Prozent der Studienplätze stünden zur Disposition. Es sei schade, dass die Koalitionsfraktionen, die am 21. November 2025 eine Pressekonferenz abgehalten hätten, hier keinen Weg gefunden hätten, diese Einsparungen abzumildern. Ihre Fraktion halte diese Einsparungen bei den Hochschulen für fatal und könne dem nicht zustimmen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2656 zu empfehlen. Die Dringlichkeit wird empfohlen.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/2559	2363
Kita-Qualität braucht mehr: Stärkung der Kita- Sozialarbeit und des Kinderschutzes sowie echte Inklusion in Berliner Kitas	Haupt BildJugFam

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass eine Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vom 13. November 2025 vorliege – mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen Grüne und Linke –, den Antrag abzulehnen.

Ohne Aussprache beschließt der **Ausschuss**, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2559 zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2640
**Gesetz zur Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung
und der Genehmigungsvoraussetzungen für
Ersatzschulen**

[2406](#)
Haupt
BildJugFam

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt zur Sitzung am 3. Dezember 2025.

Punkt 11 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – ZS C 3 – vom 18.11.2025
**Vergabe eines Dienstleistungsauftrages über externe
IT-Beratungsleistungen für den Aufbau einer Be-
triebsorganisation für die Low-Code Plattform Out-
Systems durch die Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie**
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 19/1350 zum Haus-
halt 2024/25

[2511](#)
Haupt

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich, ob diese Plattform in Zukunft im Haus geführt werden oder ob hier dauerhaft externe Beratung vonnöten sein werde.

André Schulze (GRÜNE) verweist darauf, dass es beim ITDZ ein Vorhaben für eine zentrale Plattform gegeben habe, das gescheitert sei. Jetzt habe er in der Liste der Koalitionsfraktionen 3 Mio. Euro für genau ein solches zentrales Low-Code-Vorhaben gefunden. Vielleicht könne die Koalition ihm den Zusammenhang erläutern. Seine Fraktion würde es begrüßen, wenn dies zentral gemacht würde. Dann ergebe es aber keinen Sinn, es auch noch jede Verwaltung dezentral machen zu lassen.

Steffen Zillich (LINKE) wirft ein, wenn die Koalitionsfraktionen es nicht beantworten wollten, könnte zumindest SenBJF beantworten, ob sie die dezentrale Plattform auch benötigte, wenn es eine zentrale Plattform gäbe.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erläutert, es gehe hier um die Implementierungsphase. Low Code sei, vereinfacht gesagt, ein Baukastensystem. Wenn es implementiert sei und die Mitarbeitenden entsprechend geschult seien, könne man aus diesem kleinere Fachverfahren selbst erstellen. Dies ermächtige Mitarbeitende, eigenverantwortlich zu arbeiten. Man habe positive Erfahrungen durch Vorprojekte. Das System habe zum Beispiel auch im Verbeamtungprozess geholfen, wo man mit solchen Digitalisierungstools die Prozesse habe beschleunigen können.

Zur Zeitschiene: Sein Haus sei hier schon weiter. Insofern sei es unabhängig von der noch zu treffenden Entscheidung sinnvoll, das Verfahren jetzt an die bereits umgesetzten Vorprojekte anzuschließen und im Haus zu etablieren und zu implementieren. Wenn es im Sinne eines

berlinweiten Basisdienstes dazu kommen sollte, dass Low Code grundsätzlich eingeführt werden würde, würde SenBJF sich natürlich in dieses landesweite Projekt integrieren. Ein Beispiel für die bisherige Nutzung sei die Umsetzung der Bund-Länder-Programme. Dabei könnten die Beschäftigten aus den Low-Code-Bausteinen für den Geschäftsprozess ein digitales Antragsverfahren entwickeln.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2511 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – VI C 2 – vom 18.11.2025

Vergabe einer Beratungsdienstleistung zur juristischen Begleitung der Bezirke bei der Ausschreibung für die Herstellung, Lieferung und Ausgabe von Schulmittagessen

hier: Zustimmung

gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

[2510](#)

Haupt

Silke Gebel (GRÜNE) bekundet, sie finde dies im Grundsatz richtig, habe aber eine Frage dazu. In dem Schreiben heiße es, dass man sich immer noch mit der letzten Vergabe beschäftige und gleichzeitig die nächste vorbereite und dass die Verwaltung nicht die 450 Schulen allein betreuen könne. Wäre es nicht sinnvoll, in der SenBJF ein kontinuierliches Wissensmanagement zu haben, anstatt nur die Bezirke zu beraten? Vergabe sei schließlich eine Kernaufgabe staatlichen Handelns. Sie wolle gern verstehen, warum man hierfür eine Kanzlei benötige, deren Stundensätze bei 260 Euro lägen.

Franziska Brychey (LINKE) stellt die Frage, wie der aktuelle Stand der Vorbereitungen sei. Wie könne sichergestellt werden, dass sich das Chaos bei der Vergabe nicht erneut wiederholen werde? Wie könne bei den voneinander unabhängigen Vergabeverfahren in den Bezirken erreicht werden, dass nicht der Zuschlag für mehrere Lose in unterschiedlichen Bezirken an einen Caterer gehe, der dies dann nicht umsetzen könne?

Ihre Fraktion bitte zudem um einen schriftlichen Folgebericht mit einer Übersicht nach Bezirken, in welchen Schulen derzeit Caterer nur als Interimslösung arbeiteten, weil noch Verfahren bei der Vergabekammer anhängig seien, und einer Übersicht, wo aktuell Abmahnverfahren gegen Caterer liefen, die ihre Verträge nicht oder unzureichend erfüllten. Die Fragen werde ihre Fraktion schriftlich einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, in der Tat sei dies im Prinzip eine Daueraufgabe, aber mit zeitlichen Spitzen. Die Kernaufgaben, also die hoheitlichen Aufgaben, seien durch feste Stellen in den Verwaltungen abgedeckt. Die eigentliche Submission und Ausschreibung geschehe über diese Stellen in den Bezirken. Der Senat habe sich in den

Richtlinien der Regierungspolitik klar zur Aufgabe der gesamtstädtischen Steuerung und zur Begleitung des Prozesses bekannt. Das Vergaberecht sei hier sehr speziell und schwer zu überblicken. Man habe aufgrund der Erfahrungen gesehen, dass man diese hoch spezielle Expertise brauche. Es gebe auch fortlaufend Änderungen im Vergaberecht und neue Urteile, die ausgewertet werden müssten. Dafür gebe es hoch spezialisierte Kanzleien.

Er würde nicht von einem „Chaos“ sprechen. In der Spitze habe man an bis zu 20 Prozent der Standorte Probleme gehabt, nicht flächendeckend. Ein Caterer sei aufgrund der Erteilung der Vergaben über seine Belastungsgrenze gekommen. Sein Haus habe mit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe schnell nachsteuern können. Diese habe man verstetigt, und hier benötige man kontinuierlich die hoch spezielle rechtliche Expertise. Derzeit seien noch einige Dutzend Verfahren offen. Dies sei von SenBJF nicht zeitlich steuerbar, weil es auch mit der personellen Situation der Vergabekammern bei den entsprechenden Gerichten zusammenhänge.

In diesem Jahr habe man in Verstetigung der AG Schulmittagessen alle Stakeholder zusammengeholt, um die letzte Vergabe gemeinsam auszuwerten. Auch hierbei habe die rechtliche Expertise geholfen. 2026 werde der Schwerpunkt sein, das neue Vergabeverfahren vorzubereiten, damit 2027 die Musterausschreibungsunterlagen finalisiert werden könnten. Dann müsse man schon wieder auf den Markt gehen, um 2028 das Schulessen neu vergeben zu können. 2026 werde man also insbesondere mit der Vorbereitung des Prozesses befasst sein. Das Ziel sei, unter allen Beteiligten im Vorfeld so viel Konsens zu erzeugen, dass man gar nicht diese hohe Anzahl von Bieteranfragen, Rügen und Klagen haben werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2510 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – 11

Punkt 13 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 20.06.2025

**Weieranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten**

hier: Zustimmung zur Verlängerung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[2324](#)

Haupt

Vertrauliche

Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Vorlagen unter diesem und den weiteren Tagesordnungspunkten bis einschließlich Tagesordnungspunkt 16 vertraulich seien. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne. – Es liege ein Maßgabebeschluss der Koalitionsfraktionen vor, die beantragte Mietvertragsverlängerung nicht länger als bis zum 30. November 2031 erfolgen zu lassen.

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, man segle in dem gesamten Feld ein wenig ohne Ziel umher. In der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt gebe es eine Entscheidung vorbehaltlich einer noch ausstehenden Einigung im Senat, und auch hier bzw. beim nächsten Tagesordnungspunkt sei die Laufzeitbegrenzung offenbar Ausdruck dessen, dass man noch nicht alle grundlegenden Entscheidungen getroffen habe. Es liege ein Haushaltsplanentwurf vor, in dessen Laufzeit hinein man jetzt beschließe, in dem die Finanzierung der Unterbringung weitgehend offen, jedenfalls nicht ausreichend dargestellt sei. Insofern müsste man jetzt erfahren, wie der Finanzierungsfahrplan und die grundlegenden Entscheidungen dafür seitens des Senats aussähen. Wann sei mit dieser noch ausstehenden Einigung zu rechnen? Wann werde die Unterfinanzierung dieses Bereichs im aktuellen Haushaltsplanentwurf geklärt werden? Dies in der Haushaltswirtschaft zu klären, sei nicht realistisch.

Torsten Schneider (SPD) bekundet, er sei erstaunt darüber, dass die Opposition behaupte, von der Koalitionsverständigung, im Einzelplan 29 870 Mio. Euro aus Steuermitteln zu etatieren und auf eine Notlagenfeststellung zu verzichten, noch nie gehört zu haben. Dies finde er etwas absurd.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, man segle bisher trotz unruhiger politischer Zeiten mit dem LAF sehr planvoll und mit Sicht durch Krisen. Seit der Ukraine Krise gebe es die doppelte Anzahl an Unterkünften. Alles sei in Ordnung gebracht worden, es müsse keine Krisensitzungen mehr geben. Was die Koalition in der Spitze beschlossen habe, sei ein finanzieller Rahmen, mit dem man gut umgehen könne.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob man also auch Listen erwarten könne, die nicht nur kleinteilig seien, sondern auch größere Umfänge adressierten.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) antwortet, die Systematik, wie man in den letzten Jahren damit umgegangen sei, sei bekannt. Es gebe einen zentralen Titel, die Fluchtpauschale, deren Höhe der Abgeordnete Schneider gerade genannt habe. So werde dies wahrscheinlich bestückt werden werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 2324 mit der vorliegenden Maßgabe zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 25.06.2025

Weiteranmietung von der durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen errichteten modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF)

hier: Zustimmung zur Weiteranmietung und Verlängerung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

[2335](#)

Haupt

Vertrauliche

Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass ein Maßgabebeschluss der Koalitionsfraktionen vorliege, die beantragte Mietvertragsverlängerung nicht länger als bis zum 31. Dezember 2030 erfolgen zu lassen.

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 2335 mit der vorliegenden Maßgabe zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 13.11.2025

**Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung
von Geflüchteten**

1. Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrages

**2. Kenntnisnahme, dass bei der Senatsverwaltung
für Finanzen eine Beantragung der Umsetzung der
Verpflichtungsermächtigungen aus Kapitel
1170, Titel 97101 nach Maßgabe des § 50 LHO zu
den sachlich in Betracht kommenden Titeln im
Kapitel 1172 erfolgt**

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[2504](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt zur Sitzung am 5. Dezember 2025.

Punkt 16 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL –
vom 17.11.2025

**Weiteranmietung zweier Objekte zur Unterbringung
von Geflüchteten**

hier: Zustimmung zur Weiteranmietung

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/1350 zum Haus-
halt 2024/25

[2507](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

André Schulze (GRÜNE) stellt fest, die Zustimmung werde notwendig, weil die Beräumung der Grundstücke nicht rechtzeitig erfolgt sei. Warum sei diese nicht rechtzeitig erfolgt, sodass jetzt eine relativ kurze Verlängerung erfolgen müsse?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erläutert, die Beräumungsdauer sei teilweise sehr lang, beispielsweise zwölf Monate bei dem Objekt Buchholzer Straße. Man habe immer wieder Verlängerungen erhalten und dann vom Vermieter mitgeteilt bekommen, dass man räumen müsse. Die Beräumung des Objekts Am Oberhafen benötige circa sechs Monate. Deshalb sei eine nochmalige Verlängerung notwendig.

André Schulze (GRÜNE) konkretisiert, er habe erfahren wollen, warum dies länger dauere als gedacht. Habe man die Unterkunft nicht rechtzeitig freiziehen können und habe sich deswegen der Beginn der Beräumung verzögert, oder liege es daran, dass im Prozess der Beräumung Aufträge nicht hätten vergeben werden können oder Ähnliches? Grundsätzlich sei ja bereits bei Abschluss des Mietvertrags bekannt, dass am Ende noch eine Beräumung erforderlich sein werde.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) berichtet, in diesem Fall habe es etwas länger gedauert, die definitive Aussage einzuholen, dass man ausziehen müsse. Bei einigen Unterkünften könne man immer wieder verlängern. Hier sei der Zeitpunkt verstrichen, an dem man frühzeitig die Reißleine hätte ziehen können. Daher rühre der Verzug.

André Schulze (GRÜNE) fragt nach, ob sich der Senat gegen eine Weiteranmietung entschieden habe oder ob der Eigentümer diese nicht gewollt habe.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) antwortet, es handle sich um Flächen, für die eine Nachnutzung anstehe. Diese habe sich immer wieder verzögert. Jetzt habe der Vermieter angekündigt, dass sie umgesetzt werden könne. Insofern sei die Entscheidung von ihm ausgegangen.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 2507 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (2. Lesung)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

[2400](#)
Haupt(f)

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

hierzu:

**Austauschseiten im Band 7 –
Drucksache 19/2627-1
Kapitel 0730, Titel 52135 und 54059**

[2400-1](#)
Haupt

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/2626
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[2401](#)
Haupt

- a1) Bericht SenFin – II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 19.11.2025
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025) [2401 A](#)
Haupt
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025
IKT-Titelliste 2026/2027 [2400 A](#)
Haupt
- c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025
FM-Titelliste 2026/2027 [2400 B](#)
Haupt
- d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom 12.06.2025
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3 BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026 für die als Extrahaushalte eingestuftes Landesunternehmen
hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024 sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [2222 B](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025
Bericht zu doppelt veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen für den Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) [2379](#)
Haupt
- f1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [1872 C](#)
Haupt
- f2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und 65. Sitzung vom 04.09.2024) [1872 D](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- f3) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 02.10.2025
Entwurf des Klimapakts 2025-2030 – Gemeinsame Erklärung des Landes Berlin und bedeutender Landesunternehmen zur beschleunigten Erreichung ihrer Klimaschutzziele
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025) [1872 E](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

- g) Bericht SenFin – II B Ne – vom 17.08.2025 [2376](#)
Budgetübersichten nach Politik- und Querschnittsfeldern für den Haushaltsplanentwurf 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) Haupt
- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 20.08.2025 [2377](#)
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025) Haupt
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025 [1905 H](#)
Neue Praxis zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) Haupt

Tonka Wojahn (GRÜNE) bekundet, sie habe eine Frage zum Bericht rote Nr. 2401 A. In dem Bericht werde mitgeteilt, dass eine aktive übergreifende Personalbedarfsplanung der Schlüssel für eine Effizienzsteigerung im Personalbereich sei. Was genau sei damit gemeint, und welcher Zeitplan gelte hierfür? Die Aufgabenkritik sei ihres Wissens weitgehend durchgeführt. Werde auch der Rechnungshof miteinbezogen, der bereits vor geraumer Zeit eine solche übergreifende Personalbedarfsplanung gefordert habe?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stellt fest, in dem Bericht werde ausgeführt, dass sich die Synergieeffekte erst einstellen könnten, wenn nach dem LOG die Doppelstrukturen beseitigt seien. Er sei davon ausgegangen, dass dies mit Inkrafttreten des LOG am 1. Januar 2026 der Fall sein werde und bis dahin die wenigen noch verbliebenen Problembereiche aufgelöst sein würden. Verstehe er den Bericht richtig, dass man noch weit in das Jahr 2026 hinein – die Rede sei vom Beginn der Legislaturperiode – Doppelstrukturen haben werde und diese nicht mit Inkrafttreten des LOG aufgelöst sein würden?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erklärt, die beiden Fragen werde sein Haus schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Einzelplan 22 – Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin –

Kapitel 2200 – Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin –

Mitberaten wird:

Bericht Bürger- und Polizeibeauftragte des Landes
Berlin vom 14.11.2025 [2505](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 22
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2505 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses UK vom 16.10.2025
zum Haushaltsgesetz 2026/2027** [2400 AD](#)
Haupt
- b) **Stellungnahme des Ausschusses Mobil vom
08.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027** [2400 AF](#)
Haupt
- c1) **Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07** [2400 BM](#)
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- c2) **Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen (rote Nummer 2400 BM)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07** [2400 BM-1](#)
Austauschseite: lfd. Nr. 16
(Der Änderungsantrag wurden dem Titel zugeordnet.)
Haupt
- d) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD** [2400 BN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe kein Bedarf, die Änderungsanträge übergreifend zu begründen.

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenMVKU – Z F 1 – vom 28.10.2025 [2455 E](#)
**Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf
2026/2027** Haupt
**hier: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt**
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) sagt, sie habe eine Frage zu Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –, Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –. Die erstmals eingeplanten 6 Mio. Euro würden nun gestrichen. Würden sie an anderer Stelle wieder aufgenommen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, man befinde sich noch in den Haushaltsberatungen. Ihr Haus gehe davon aus, dass die Maßnahmen wieder aufgenommen werden würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2455 E zur Kenntnis.

- b) Bericht SenMVKU – Z P 51 – vom 29.10.2025 [2442 J](#)
An- und Abmietungen Haupt
**hier: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt**
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht rote Nr. 2442 J zur Kenntnis.

- c) Bericht SenFin – I F 1 – vom 06.11.2025 [2491](#)
Begebung Nachhaltigkeitsanleihe Haupt
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Die Linke**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, welche Rückmeldungen von Investoren der Senat zu den Anleihen erhalte. Viele der Nachhaltigkeitsprojekte seien jetzt gekürzt worden, was Auswirkungen auf die Anleihen habe. Wie schätze der Senat die weitere Nachfrage nach dem Produkt ein?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) berichtet, man habe sich auch diesmal über eine mehrfache Überzeichnung der Anleihe freuen können. Es sei kein Nachfragerückgang, sondern im Gegenteil eine weiterhin sehr starke Nachfrage zu verzeichnen. Man habe auch keinerlei Indikation dafür, dass sich dies in der näheren oder weiteren Zukunft ändern sollte.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2491 zur Kenntnis.

- d) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 1 - Tarifvorsorge im Einzelplan 07
für Zuwendungsempfänger
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 1 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

- e) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 2 - Internationale Vereinbarungen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) konstatiert, in dem Bericht werde ausgeführt, dass die Richtlinie 2024/2881 über Luftqualität und saubere Luft in Europa noch nicht in nationales Recht umgesetzt sei. Bereits jetzt sage der Bericht, dass sie auch nicht umsetzbar sei. Seine Fraktion erbitte einen schriftlichen Bericht dazu, welche Maßnahmen zu welchen Kosten und wie viele zusätzliche Messungen zur Einhaltung der Richtlinie erforderlich wären und warum diese nicht umsetzbar sein sollten. – Zudem interessiere ihn, warum die Wasserrahmenrichtlinie in dem Bericht nicht aufgeführt sei. Liege dies daran, dass hier auch mit mehr Haushaltsmitteln nicht mehr erreichbar wäre?

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, in dem Bericht werde erklärt, die in der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft vorgeschriebenen Messungen an vielen zusätzlichen Messstationen könnten nicht durchgeführt werden. Zu den Messungen an den bereits bestehenden Stationen und dazu, ob die Werte dort überschritten würden, stehe aber nichts darin. Sie bitte den Senat, dazu auch noch zu berichten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, ihr Haus werde gern den erbetenen schriftlichen Bericht vorlegen und darin auch die Frage nach der Wasserrahmenrichtlinie mit aufnehmen. Allgemein lasse sich sagen, dass man schon seit längerer Zeit nicht entsprechend aufgestellt sei, um den Anforderungen, die 2030 in Kraft treten würden, nachkommen zu können.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu im Januar 2026 ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden werde. – Damit sei der Bericht Nr. 2 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

- f) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 3 - Trinkwasserspender,
Schwengelpumpen, Wassergütemaßnahmen,
Straßenregenentwässerung
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) bekundet, hierzu habe seine Fraktion einige Nachfragen. Zum einen werde die Straßenregenentwässerung auf null gesetzt, obwohl es sich dabei um vertragliche Verpflichtungen des Landes Berlin handle. Es gebe einen Rahmenvertrag dazu. Welche Art der Finanzierung beabsichtige der Senat hier? – Leider gebe der Bericht zudem keine Antworten zum Neubau von Trinkwasserbrunnen. Es sei offen, wie dieser finanziert werden solle. Eigentlich müsste es einen Änderungsantrag der Koalition geben, um das Geld dafür wieder in den Haushalt einzustellen. Oder solle dies aus der Haushaltswirtschaft erbracht werden? Es gehe hier um Haushaltsklarheit und -wahrheit bezüglich der Finanzierungsfrage. Er erbitte hierzu mehr Klarheit.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) legt dar, hinsichtlich der Straßenregenentwässerung müsse man zwischen zwei Sachverhalten differenzieren. Der eine sei sehr wohl bereits in dem vom Senat verabschiedeten Gesetzesentwurf enthalten gewesen. Hinsichtlich des anderen Sachverhalts sei SenMVKU zunächst davon ausgegangen, dass der Vertrag mit den Berliner Wasserbetrieben entsprechend geändert werden könne. Dazu sei es nicht gekommen. Ihr Haus gehe davon aus, dass dieser Sachverhalt im Rahmen der Haushaltsberatungen wieder aufgenommen werden werde oder bereits wieder aufgenommen worden sei. – Auch bezüglich der Trinkwasserbrunnen gehe SenMVKU davon aus, dass dies noch entsprechend geregelt werden werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 3 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

- g) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 4 - Sondervermögen des Bundes
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) merkt an, in dem Bericht werde ausgeführt, dass Senator Evers gesagt habe, dass man für die Veranschlagung von Maßnahmen in Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – ausschließlich dem Substitutionsprinzip gefolgt sei und geschaut habe, welche Einnahmen aus dem Sondervermögen sich zur Entlastung des Haushalts generieren ließen. Seien die Kriterien des Sondervermögens also danach aufgestellt, wo man den Haushalt am besten entlasten könnte?

In Hinblick auf die Radschnellverbindungen habe der Senator, wenn sie es richtig interpretiert habe, gesagt, diese seien im Kernhaushalt nicht zu finden, deshalb habe man sie in das Sondervermögen auch nicht aufgenommen. Sei dies die Aussage, die der Senator getroffen habe?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erwidert, er habe in der Tat dargestellt, dass die Aufstellung des Haushalts nicht möglich gewesen wäre, hätte man nicht im Nachgang zu den Chefgesprächen zur Haushaltsaufstellung die Anmeldungen daraufhin überprüft, was nach den bis dahin bekannten Maßgaben des Sondervermögens belegungsfähig sein könne, und solche Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt als Teilbelegung in das Kapitel 2980 überführt. Man sei bewusst nicht über das Anmeldevolumen hinausgegangen, weil sich die Koalition aus guten Gründen vorbehalten habe, eine Gesamtbelegungsentscheidung zum Sondervermögen zu treffen, was inzwischen erfolgt sei. In der Gesamtbelegung des Sondervermögens fänden sich also nicht ausschließlich haushaltsentlastende Belegungen, sondern eine ganze Reihe von zu-

sätzlichen Maßnahmen, insbesondere Infrastrukturmaßnahmen, die durch Entscheidung der Koalition aufgenommen worden seien. Insofern werde das Kapitel 2980 bis zum Haushaltsbeschluss noch eine Reihe von Änderungen und Erweiterungen erfahren, jedenfalls soweit es die Haushaltsjahre 2026 und 2027 oder erforderliche VE betreffe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 4 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

- h) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 5 - Genderbudgeting
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht Nr. 5 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

- i) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 6 - Kofinanzierungsanteil
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) schickt voraus, die Aufschlüsselung der EFRE-Mittel sei sehr hilfreich gewesen. Es sei deutlich zu sehen, dass man mit den veranschlagten Haushaltsmitteln insgesamt nur 35 Mio. Euro an EFRE-Mitteln für das BENE-2-Programm habe bereitstellen können, während insgesamt 210 Mio. Euro an EFRE-Mitteln hätten abgerufen werden können. In dem Bericht werde klar gesagt, dass ein Verlust von 175 Mio. Euro an EFRE-Mitteln bis Ende 2029 nicht ausgeschlossen werden könne. Welche Maßnahmen ergreife der Senat, um diesem Verlust an Fördermitteln aktiv entgegenzuwirken und die Fördergelder noch retten zu können?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) verweist darauf, dass man sich noch in den Haushaltsberatungen befinde. Bezogen auf den Entwurf des Senats gelte: Wenn man keine 60 Cent habe, könne man keine 40 Cent einwerben. Ihr Haus prüfe, welche Maßnahmen man gleichwohl senatsintern noch in das BENE-2-Programm mitaufnehmen könne.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, welche Bemühungen der Senat angesichts dieser Schwierigkeit, die Kofinanzierungsmittel aufzunehmen, unternommen habe, um die Programmvolumina des BENE-2-Programms möglicherweise durch andere Maßnahmen zu ersetzen. Es wäre doch die erste Überlegung, zu schauen, ob man es in irgendeiner Form kompensieren könne. Solche ressortübergreifenden Anstrengungen hätten offensichtlich im Prozess der Senatsaufstellung nicht stattgefunden. Sei mit solchen Anstrengungen noch zu rechnen, oder müsse man sich damit abfinden, dass der Senat 175 Mio. Euro verschenke? Es sei klar, dass der Anteil von 20 Mio. Euro, der im Sondervermögen stehe, nicht ausreichen werde, um die 175 Mio. Euro zu heben.

Oda Hassepaß (GRÜNE) wirft ein, wenn sie eine Frage stelle, antworte die Senatorin immer, man befinde sich noch in den Haushaltsberatungen. Hier sei man ja aber in den Haushaltsberatungen, deshalb spreche man über den Haushalt und stelle Fragen, um ihn zu verstehen.

Es sei ja nicht so, dass der Senat die 60 Cent, um die 40 Cent zu heben, nicht zur Verfügung habe. Das Geld sei bereits in andere Projekte, mit denen man die EFRE-Mittel nicht heben könne, eingeflossen. Daher sei die Frage, ob man sich für 60 Euro eine „Klapperscheese“ kaufe oder ob man sich für ein verkehrssicheres Rad 40 Euro dazugeben lasse, ein treffenderes Beispiel.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, ihr Haus sei kontinuierlich dabei zu prüfen, wie man Kofinanzierungsmittel einwerben und welche Maßnahmen man dafür verwenden könne. Als Beispiel sei der Baumentscheid genannt, der bekanntlich erst nach Entwurf des Haushaltsplans durch den Senat beschlossen worden sei.

Zur Frage der Abgeordneten Hassepaß: Natürlich habe es im Rahmen des Senatsbeschlusses politische Entscheidungen gegeben. Jetzt sei das Parlament als Haushaltsgesetzgeber gefragt, deswegen verweise sie immer darauf, dass man sich noch in Haushaltsberatungen befinde. Insofern sei dies eine durchaus richtige und tragfähige Antwort.

André Schulze (GRÜNE) wendet ein, die Antwort laufe aber gewissermaßen ins Leere. Auf allen Listen, die jetzt bekannt seien, tauche das BENE-2-Programm nicht auf. Es sei nur im Sondervermögen vorhanden, aber mit einem viel zu niedrigen Ansatz. Die Senatorin verweise darauf, dass hier das Parlament als Haushaltsgesetzgeber gefordert sei. Seine Partei habe heute Änderungsanträge eingebracht, die eine Ausfinanzierung des BENE-2-Programms erlauben würden. Ihm fehle allerdings der Glaube daran, dass die Koalition dem zustimmen und bis zur Resteleseung in der nächsten Woche noch ein 80-Mio.-Euro-Paket vorlegen werde. Offenbar habe sich die Senatorin in der Koalition nicht durchgesetzt, von daher werde sie mit dem arbeiten müssen, was sie selbst eingestellt habe.

Die Schwerpunktsetzung des Senats habe ihn insbesondere verwundert, nachdem in der letzten Woche ein Bericht von SenInnSport und auch die Senatorin bestätigt hätten, dass beispielsweise beim Kombibad Mariendorf in der bisherigen Planung eigentlich 6 Mio. Euro an BENE-Mitteln vorgesehen gewesen seien, die aber erst noch hätten beantragt werden müssen, nun also nicht mehr kommen würden. Das Land müsse nun andere Finanzierungsquellen suchen. Man verzichte hier also auf den EU-Fördermittelanteil und müsse die 6 Mio. Euro allein stemmen, obwohl man die Mittel besser in das BENE-2-Programm hätte investieren, die Kofinanzierung hätte einstellen und zusätzlich zum Kombibad Mariendorf noch weitere Projekte hätte finanzieren können. Dieses Beispiel sei nur die Spitze des Eisbergs. Es gebe sicher noch weitere solcher Fälle, in denen der eine Teil des Senats noch mit BENE-Mitteln gerechnet habe, während der andere Teil, namentlich SenFin, diese nicht im Haushalt eingestellt habe. Diese Abstimmung sei im Senat ganz offensichtlich im Rahmen des Haushaltsbeschlusses nicht erfolgt. Bei solch einer kurzsichtigen Haushaltspolitik helfe auch nicht der Verweis auf die laufenden Haushaltsberatungen.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, wie der Aufstellungsprozess abgelaufen sei. Offenbar sei darin nicht übergreifend geprüft worden, wo es in anderen Einzelplänen finanzierte Maßnahmen gebe, die möglicherweise in eine BENE-Förderung hineinkommen würden. Warum sei dies nicht geschehen? Es hätte klargemacht werden müssen, dass man hier die Chance habe, eine BENE-Förderung zu nutzen, wenn man die Ko- und die Vorfinanzierung bereitstelle, und sich dies im Haushalt rechnen würde, ohne das Haushaltsvolumen aufzublähen. Mit

welchem Erfolg einer nach Haushaltsplanaufstellung stattfindenden Abstimmung könne man rechnen? Gebe es hierzu einen Prozess? Gebe es jetzt veritable Anstrengungen, um das bei der Haushaltsplanaufstellung offensichtlich in Kauf genommene Problem mit den 175 Mio. Euro wenigstens zu verringern? Bei den 175 Mio. Euro handle es sich im Übrigen nur um die direkten Auswirkungen. Die darüber hinausgehenden möglichen indirekten Auswirkungen, was das gesamte Programmvolumen auch über das BENE-2-Programm hinaus betreffe, seien darin noch gar nicht enthalten, und die für Folgeprogramme erst recht nicht.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) informiert, neben BENE-Mitteln gebe es weitere Förderungsmöglichkeiten. Wenn in den Einzelplänen Eigenanteile enthalten seien, könnten EFRE-Mittel eingeworben werden. Genauso verhalte es sich mit dem Baumentscheid, der sich im Sondervermögen wiederfinde. Auch dort sei ausdrücklich ausgeführt, dass Kofinanzierungen möglich seien. Man gehe also auch hier davon aus, dass EFRE-Förderungen möglich seien.

Steffen Zillich (LINKE) gibt zu bedenken, es gehe um das laufende Programmjahr 2026. Man werde mit dem Baumentscheid beim besten Willen nicht das Volumen generieren können, das dieses Programm tatsächlich auslaste. Welche anderen Maßnahmen prüfe der Senat darüber hinaus, um die Förderung nicht verfallen zu lassen, sondern in Anspruch nehmen zu können?

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, die Liste für die EFRE-Förderung sei eingereicht. Liefen aktuell Gespräche mit dem Bund, um andere Projekte noch in die Liste aufnehmen zu lassen, damit diese Förderungen nicht verfielen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, man befinde sich dazu in Gesprächen mit der zuständigen Verwaltungsbehörde. – Hinsichtlich des Baumentscheids gehe SenMVKU wie gesagt davon aus, dass eine EFRE-Förderung möglich sei.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, in welchem Umfang der Baumentscheid das bewilligte Programmvolumen für dieses Programmjahr ausschöpfen solle.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bekundet, sie hätte gern zum ersten Quartal 2026 einen Bericht zu den Gesprächen mit dem Bund sowie eine Liste über die möglichen Umschichtungen zu den angekündigten EFRE-Mitteln.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, der angesprochene mögliche Verlust von 175 Mio. Euro beziehe sich auf einen Zeitraum bis Ende 2029. Man spreche hier also mitnichten für die Jahre 2026 und 2027 von 175 Mio. Euro. – Dem Berichtsauftrag komme ihr Haus gern nach. Ein Bericht ergebe aber erst Sinn, wenn die Gespräche abgeschlossen seien, was voraussichtlich Ende des ersten Quartals 2026 der Fall sein werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu im ersten Quartal 2026 ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden werde.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, es handle sich nur noch um zwei Programmjahre. Wie viel nicht gebundenes Programmvolumen aufgrund nicht dargestellter Kofinanzierung wolle SenMVKU für das Programmjahr 2026 und für das Programmjahr 2027 noch darstellen? Sol-

le dies alles aus dem Baumentscheid kommen? Oder würden weitere Punkte geprüft, um dies noch darstellen zu können?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dies werde ihr Haus in den schriftlichen Bericht mitaufnehmen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtswunsch entsprechend ergänzt werde.

Steffen Zillich (LINKE) hält dagegen, dieser Bericht werde den Hauptausschuss wahrscheinlich nicht mehr während der Haushaltsberatungen erreichen. Das Problem müsse aber in den Haushaltsberatungen gelöst werden. Dieses Haus könne es sich nicht leisten, einen Haushalt zu beschließen, durch den in einem bestimmten Umfang das Geld von Dritten liegen gelassen werde. Man müsse jetzt nachsteuern, und dabei müsse der Senat helfen. Der Bericht reiche ihm nicht, sondern man brauche innerhalb der Haushaltsberatungen eine Aussage dazu, wie der Senat das Problem lösen wolle und welche Haushaltsvorkehrungen er dafür benötige.

Oda Hassepaß (GRÜNE) zeigt sich erstaunt, weil der Senat die Berichte dem Parlament selbst vorgelegt habe. Darin stehe eindeutig, dass es um 71 Mio. Euro in den Jahren 2026 und 2027 und um 104 Mio. Euro in den Folgejahren ab 2028 gehe. Dieses Geld werde verloren gehen, wenn man jetzt nicht aktiv etwas unternehme. Ihre Fraktion fordere die Senatorin auf, hier etwas zu tun. Es sei nicht wirtschaftlich, ja sogar verrückt, die für zentrale Dinge wie Infrastrukturmaßnahmen und Klimaschutz dringend benötigten EFRE-Mittel verfallen zu lassen. Sie bitte um eine Aussage dazu, wie der Senat gedenke, hier weiter vorzugehen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, man sehe in diesem Doppelhaushalt für den Baumentscheid 30 Mio. Euro plus 20 Mio. Euro aus dem Sondervermögen vor. Vorher seien 30 Mio. bis 40 Mio. Euro für das BENE-2-Programm geplant gewesen. Insofern wisse sie nicht, woraus die Aufregung resultiere. Man sei damit besser aufgestellt als vorher.

Steffen Zillich (LINKE) resümiert, die Senatorin sage, dass sie das Programmvolumen des Programmjahrs 2026 und des Programmjahrs 2027 mit dem Baumentscheid schaffe und die BENE-Mittel ausschöpfe. Wenn dies so wäre und man dafür die haushaltmäßigen Voraussetzungen schaffen würde, wäre dies eine Lösung. Er habe es nur bisher noch nicht so gehört, und es falle ihm auch schwer, es zu glauben.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wiederholt, ihr Haus sehe aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung aus dem Baumentscheid 30 Mio. Euro an Investitionen vor. Diese wolle man über eine EFRE-Förderung kofinanzieren. Darüber hinaus seien noch einmal 20 Mio. Euro für das BENE-2-Programm hinterlegt. Mehr könne sie derzeit nicht zusagen, aber natürlich werde SenMVKU alles daransetzen, dies in die Umsetzung zu bringen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass die SenMVKU in einem weiteren Bericht, der später aufgerufen werde, ausführe, dass sie die Kosten, die aus dem Baumentscheid entstünden, zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht einschätzen könne. Wie könne die Senatorin dann hier relativ genaue Zahlen nennen?

Steffen Zillich (LINKE) stellt die Frage, ob der Senat ihm zusichern könne, dass er nach derzeitigem Kenntnisstand mit den eben genannten Zahlen die Programmvolumina für 2026 und 2027 des BENE-2-Programms ausschöpfen werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) sagt, sie schließe sich der Frage des Abgeordneten Zillich an. Sie verstehe die Logik nicht. Vorhin habe die Senatorin gesagt, der Baumentscheid sei erst nach den Haushaltsberatungen hinzugekommen. Jetzt sage sie, dass die Hälfte der EFRE-Mittel mit dem Baumentscheid ausgeschöpft werden solle. Ohne den Baumentscheid, der erst danach gekommen sei, hätte man noch viel weniger in den EFRE-Mitteln gehabt, weil SenMVKU einfach alles abgemeldet habe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bekräftigt, dass SenMVKU nachjustiere. – Bezüglich der Programmvolumina sei ihr Haus in Gesprächen mit der Verwaltungsstelle und versuche, die Maßnahmen in das Programm für 2026 und 2027 hineinzubringen. – Das Gesetz zum Baumentscheid sehe zwei Phasen vor. In der ersten Phase müssten bis Ende 2027 440 000 Straßenbäume gepflanzt werden. Dies habe man berechnet. Für die zweite Phase könne man heute noch nicht sagen, welche Kosten tatsächlich entstehen würden. Die Initiative selbst sei zunächst von 7,5 Mrd. Euro ausgegangen und sei dann im laufenden Prozess auf 3,2 Mrd. Euro heruntergegangen. Dies zeige, wie volatil die Zahlen seien. Man wolle jetzt eine gesunde Berechnung aufstellen.

Steffen Zillich (LINKE) präzisiert, seine Frage sei, ob der Senat im zusichern könne, dass er im Moment davon ausgehe, dass mit den genannten Zahlen – 20 Mio. Euro aus dem Sondervermögen und Baumentscheid –, vorausgesetzt, dass es einen positiven Ausgang der Gespräche mit der Programmverwaltung gebe, das Programmvolumen des BENE-2-Programms für die Programmjahre 2026 und 2027 ausgeschöpft werden könne.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) entgegnet, diese Zusicherung könne derzeit niemand geben, weil man von den Programmen und Projekten sowie von den Zusagen der Verwaltungsstelle abhängig sei.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, er habe seine Frage so formuliert, dass von einer Zusage ausgegangen werden könne.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erwidert, in der Frage des Abgeordneten Zillich seien nicht alle Voraussetzungen enthalten gewesen. Es komme noch eine weitere Voraussetzung hinzu, nämlich dass das Geld auch entsprechend verbaut werden könne. Hier gebe es viele Vorbehalte. Ihr Haus werde aber alles tun, damit genau dies geschehen werde.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, man müsse die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, sich bei der Veranschlagung, der Aufstellung und der Beschlussfassung des Haushaltsplans so zu verhalten, dass man die Fördermittel von Dritten einwerben könne. Hier müsse man tun, was man tun könne. Dies sei beim Senatsentwurf nicht der Fall gewesen. Jetzt sei die Frage, ob das, was man darüber hinaus getan habe, ausreiche, um die BENE-Mittel ausschöpfen zu können, oder ob man noch mehr tun müsse. Dass es noch Umsetzungsunsicherheiten gebe, sei klar.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, unter allen genannten Vorbehalten und mit Blick darauf, dass zunächst nur 30 Mio. bis 40 Mio. Euro eingeplant gewesen seien und man jetzt von 50 Mio. Euro spreche, gehe sie davon aus, dass dies ausreichend sei.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bekundet, sie habe noch Fragen zum Sonderprogramm „Stadt und Land“ für den Radverkehr. In einem älteren Bericht zu Titel 23192 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke im Rahmen von Sonderprogrammen – heiße es, dass dem Land Berlin in den Jahren 2024 bis 2030 69,6 Mio. Euro zur Verfügung stünden und es einen Eigenanteil von 13,2 Mio. Euro leisten müsse. Im nächsten Bericht heiße es aber, dass Berlin mit den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln alle Mittel aus dem Sonderprogramm ausnutzen könne. Dies sei laut dem früheren Bericht nicht der Fall. Sie bitte diesbezüglich um Aufklärung.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, der Bericht könne so schnell nicht gefunden werden, daher würde sie die Frage gern schriftlich beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) sagt, sie habe noch eine Frage zur Genese des Sonderprogramms „Stadt und Land“. Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder von der CDU habe die Kommunen aufgefordert, alle vorhandenen Mittel für die Förderprogramme zu nutzen. Zugleich sei im nationalen Radverkehrsplan die Rede davon, dass man ungefähr 30 Euro pro Person und Jahr einsetzen solle. In Berlin seien es nicht einmal 5 Euro. Wie komme es zu der Entscheidung der Senatorin, die Weisung ihres Kollegen aus dem Bund in den Wind zu schlagen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt richtig, es gebe keine Weisung aus dem Bund. Sie wisse jedenfalls nicht, dass sie vom Bund angewiesen werden könne. Sie greife aber natürlich das, was der Kollege im Bundesministerium für Verkehr den Ländern und Kommunen mit auf den Weg gebe, gern auf.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, er erbitte zu Ende Januar 2026 einen Bericht über die notwendigen Meilensteine und Entscheidungspunkte für die Ausschöpfung des BENE-2-Programms. Zudem benötige man eine Erfolgsberichterstattung darüber, inwieweit die Voraussetzungen auch tatsächlich erfüllt und die Entscheidungen getroffen worden seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) entgegnet, sie habe bereits zugesagt, dass ihr Haus zum Ende des ersten Quartals 2026 berichten werde, wie die Gespräche tatsächlich verlaufen seien. Auch dem gerade geäußerten Berichtswunsch komme man gern nach.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der im ersten Quartal 2026 vorzulegende Bericht um diesen Aspekt ergänzt werde. – Damit sei der Bericht Nr. 6 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

- j) Bericht SenMVKU – Z eGov 2 – vom 20.11.2025 [2444 A](#)
Modellprojekt zur Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungen Haupt
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) konstatiert, für das IT-Projekt solle 2027 ein einstelliger Millionenbetrag fließen. Aus dem Schreiben werde aber deutlich, dass dies noch unter Vorbehalt stehe. Werde es eine Finanzierung für das Projekt geben, oder habe es sich damit eigentlich schon erübrigt?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, ihr Haus gehe davon aus, dass das Geld entsprechend zur Verfügung gestellt werden werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2444 A zur Kenntnis.

**Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07

hier: Nr. 1

[2400 BN](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 1.000 €

Ansatz 2027: 1.000 €

Ansatz 2026: - 1.000 €

Ansatz 2027: - 1.000 €

„a) Die Prämien für besondere Leistungen werden einheitlich abgeschafft.

b) Erläuterung löschen.

c) Die Sperrvermerke sind zu löschen.

Wegfallvermerk:

Die Ausgaben fallen künftig weg.“

Titel 52703 – Dienstreisen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07**

hier: Bericht Nr. 7 - Reisekosten

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2512](#)

Haupt

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht Nr. 7 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 2

[2400 BN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: - 30.000.000 €
Ansatz 2027: - 30.000.000 €

Ansatz 2026: - 19.567.000 €
Ansatz 2027: - 28.452.000 €

„a) Gegenfinanzierung“

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 1

[2400 BM](#)
Haupt

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Generelle Angelegenheiten und Recht –

Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07**
hier: **Bericht Nr. 8 - Werbeeinnahmen**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2512](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 8 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umwelt- und Klimaschutzpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenMVKU – I E 1 – vom 30.10.2025 [2419 D](#)
Volksentscheid Baum – Folgebericht zur Haupt
Kostenschätzung
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.10.2025)
- Bericht SenMVKU – III C 2-3 – vom 29.10.2025 [2419 C](#)
Volksentscheid Baum – Darstellung der Haupt
Bauminfrastrukturkosten
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, er schlage vor, den Bericht rote Nr. 2419 C, der in Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Naturschutz und Stadtgrün – einsortiert sei, gleich mit aufzurufen, und stelle Einvernehmen darüber fest, dass so verfahren werden könne.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, seine Fraktion bitte um einen Folgebericht zur Kostenschätzung, wenn das Umsetzungsplanungsprojekt vorliegen werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bekundet, dem komme ihr Haus gern nach.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein Folgebericht vorgelegt werden werde.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass er den Staatssekretär bei der Diskussion um den Baumentscheid gefragt habe, wann man eine Kostenschätzung erhalten und ob diese noch während der Haushaltsberatung vorgelegt werden werde. Damals habe er es so verstanden, dass SenMVKU sich bemühen werde. Jetzt gehe aus dem Bericht hervor, dass dies nicht gelungen sei. Seine Fraktion schließe sich dem Berichtsauftrag des Abgeordneten Ronneburg an, habe aber vorab die Frage, wann SenMVKU die Kostenschätzung voraussichtlich werde vorlegen können. Dies sei ein entscheidender Punkt bei der Umsetzung des Volksbegehrens.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) bestätigt, dass er damals zugesichert habe, schnellstmöglich eine Kostenschätzung zu liefern. Dies sei allerdings gewesen, bevor sein Haus über die Belegung des Sondervermögens informiert worden sei. Jetzt habe man noch einmal eine andere Einschätzung vornehmen müssen, die noch nicht abgeschlossen sei. Zum Prozedere: Man werde nach der Veröffentlichung unverzüglich den Verpflichtungen, die als unverzüglich markiert seien, nachkommen und dann alle weiteren Maßnahmen dem Gesetzestext folgend umsetzen. Daraus ergäben sich tatsächlich auch neue Möglichkeiten, welche Kosten entstehen könnten.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) äußert, leider habe er die Antwort nicht verstanden. Was hätten die Kosten mit der Frage der Belegung zu tun? Die Frage der Belegung habe zweifellos etwas mit der Frage der Finanzierung zu tun, aber die Frage, welche Kosten entstehen würden, sei völlig

unabhängig davon, ob diese über das Sondervermögen oder den Kernhaushalt finanziert würden. SenMVKU müsse doch irgendwann sagen können, welche Kosten auf das Land zukämen. In einem zweiten Schritt könne man dann sagen, wie diese finanziert würden. Wann werde man die Kostenschätzung erhalten, unabhängig davon, wie die Finanzierung aussehe?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) legt dar, die Kostenschätzung hänge im Wesentlichen davon ab, welche Pflanzmethoden verwendet würden. Das Innovative an dem verabschiedeten Gesetz sei, dass hier neue Maßnahmen eingebracht werden sollten. Deshalb sei eine Kostenschätzung, was die Gesamtkosten anbelange, zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös. Was über die in der ersten Phase zu pflanzenden 440 000 Straßenbäume hinaus an Kosten entstehen werde, sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollständig einzuschätzen. Zum Bezug zum Sondervermögen: Die innovativen Pflanzmethoden beinhalteten auch Überlegungen, eigene Strukturen zur Anzucht, etwa in Form von Baumschulen, aufzubauen. Zum damaligen Zeitpunkt sei nicht absehbar gewesen, ob dafür etwas im Sondervermögen hinterlegt sei, und dies sei auch noch Gegenstand der Diskussion. So erklärten sich die variierenden Kosten. Bei insgesamt 770 000 Straßenbäumen führten schon geringe Einsparungen zu großen Veränderungen der Gesamtkosten. Daher könne sein Haus frühestens nach Konzeptionierung des Vorgehens innerhalb der gesetzlichen Fristen Kostenschätzungen abgeben.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, er habe es jetzt so verstanden, dass noch nicht klar sei, ob die innovativen Pflanzmethoden über das Sondervermögen abgedeckt werden könnten. Sei dies richtig?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, die innovativen Pflanzmethoden hingen nicht von dem Sondervermögen ab, sondern vom Innovationsvermögen der Wissenschaft und der beteiligten Stakeholder in der Stadt. SenMVKU gehe davon aus, dass mit dem Sondervermögen ausreichend Vorsorge für den kommenden Doppelhaushalt und darüber hinaus getroffen worden sei, um das Gesetz auch umsetzen zu können.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stellt klar, seine Frage sei gewesen, ob es richtig sei, dass SenMVKU noch nicht wisse, ob man die durch die innovativen Pflanzmethoden entstehenden Kosten über das Sondervermögen abrechnen könne oder ob die Bedingungen des Sondervermögens darauf nicht zuträfen. Daraus würden sich gegebenenfalls andere Finanzierungsrisiken ergeben.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erwidert, sein Haus gehe davon aus, dass es sich bei den Maßnahmen, um eine grüne Infrastruktur in Form von Straßenbäumen, Hitzeinseln und Ähnlichem zu errichten, um eine Investition handle.

Oda Hassepaß (GRÜNE) kündigt an, dass ihre Fraktion bei Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – noch einen Änderungsantrag einbringen werde, damit auch die Kosten für die Pflege der Bäume berücksichtigt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werden könne. – Damit seien die Berichte rote Nrn. 2419 D und 2419 C zur Kenntnis genommen.

- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 9 - BENE 2
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 9 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 34697 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2021-2027) –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 2 Haupt

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 1.250.000 €
Ansatz 2027: 1.250.000 €

VE 2026 1.000.000
VE 2027 1.000.000

Ansatz 2026: + 500.000 €
Ansatz 2027: + 500.000 €

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) anteilige Rücknahme Kürzung“

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 13 - Veranstaltungsgenehmigungs-
praxis der Bezirke
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Christian Goiny (CDU) bittet darum, dass dem Hauptausschuss zum 10. Dezember 2025 ein Bericht mit den bereits vorliegenden Antworten der Bezirke vorgelegt werden möge. Daraus werde sich dann auch ergeben, welche Bezirke bisher noch nicht geantwortet hätten, und man könne sich im Detail damit befassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu zur Schlusslesung am 10. Dezember 2025 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde. – Damit sei der Bericht Nr. 13 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 3
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 2.422.000 €
Ansatz 2027: 2.617.000 €

VE 2026 500.000
VE 2027 500.000

Ansatz 2026: + 209.000 €
Ansatz 2027: + 209.000 €

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Rücknahme Kürzung Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung

b) Anpassung der Tabelle:

TA 22: Hochwertige Kreislaufwirtschaft in Berlin (Kommunikation und Kampagne)

2026: 100.000

2027: 100.000

TA 24: Ressourcenschonung und zirkuläres Bauen

2026: 250.000

2027: 250.000“

Titel 54105 – Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 4

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 1.114.000 €

Ansatz 2027: 1.114.000 €

VE 2026 500.000

VE 2027 500.000

Ansatz 2026: + 1.550.000 €

Ansatz 2027: + 1.550.000 €

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Rücknahme Kürzung Reparaturbonus und Reparaturnetzwerk

b) Anpassung der Tabelle:

TA 3: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und
Aufbau eines Reparaturnetzwerkes

2026: 870.000

2027: 870.000

Umbenennung von TA 5 in ‚Zuschüsse für Reparatur-Bonus‘

TA 5: Zuschüsse für Reparatur-Bonus

2026: 1.250.000

2027: 1.250.000“

[Unterbrechung der Sitzung von 13.59 Uhr bis 14.33 Uhr]

MG 01 – Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 10 - Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht Nr. 10 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 11 - Stand der Wärmeplanung
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) interessiert, wie die Projektstruktur des Lenkungsgremium verfasst sei und wie die selbstgesetzte Maßnahmenplanung aussehe. Beide Fragen seien im Bericht nicht beantwortet worden. Er bitte um einen schriftlichen Bericht zur Struktur, den Mitgliedern und der Arbeitsplanung inklusive Reihenfolge der Bearbeitung des Lenkungsgremiums.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, Investitionstätigkeiten würden nicht über das Lenkungsgremium gesteuert. Vielmehr gehe es beim Lenkungsgremium darum, die Umsetzbarkeit der Wärmeplanung mit den Unternehmen abzustimmen. Die Abstimmungstermine fänden alle vier Wochen statt, und es gebe Unterarbeitsgruppen. Themenstellungen seien unter anderem die Fragen, wo man welches Netz haben werde, wie und ggf. mit welchen Ankerimmobilien man dort, wo eine zentrale Versorgung nicht möglich sei, mit einer dezentralen Versorgung Abhilfe schaffen und wie man die Berlinerinnen und Berliner beraten könne. Einen detaillierten schriftlichen Bericht liefere man gerne nach.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu bis Januar 2026 ein schriftlicher Bericht aufgeliefert werde.

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, dass seine Fraktion zu a), b), c) und d) schriftliche Fragen nachreichen werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 11 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- c) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 12 - BEK / Wärmeplanung
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht Nr. 12 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- d) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 14 - BEK/MG 01
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, aus dem Bericht gehe eigentlich hervor, dass das BEK beendet werde, denn dort seien nur Maßnahmen der Wärmewende und die Pläne sowie die Verpflichtungsermächtigungen aus den vorherigen Jahren aufgeführt. Was sei aus dem Namen „2030 +“ geworden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bemerkt, das BEK werde fortgesetzt. Die Schwerpunkte lägen auf Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen für die kommenden zwei Jahre, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen bestünden.

Oda Hassepaß (GRÜNE) möchte wissen, wie viel Geld aus der Maßnahmengruppe 01 für die Umsetzung der Wärmeplanung eingeplant sei und welche Maßnahmen daraus finanziert würden. Welches Personal sei im Senat und in den Bezirken für die Umsetzung der Wärmeplanung vorgesehen? Wie gestalte sich die zukünftige Struktur der Bau-Info, und welche Ziele werde diese verfolgen?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu bis zum 31. März 2026 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, aus welchen Mitteln die vorgeschlagene Fortschreibung des Berliner Klimaplanes und einer Klimaanpassungsstrategie finanziert werden solle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, die Mittel dienten zunächst der Planung. Wenn davon Mittel übrigblieben, werde man davon auch die Umsetzung finanzieren.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 14 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

**Titel 68120 – Zuschüsse an natürliche Personen für Klimaschutz,
Klimaanpassung und Wärmewende –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

**Titel 68478 – Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen für Klimaschutz,
Klimaanpassung und Wärmewende –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz **2026:** 189.000 €
Ansatz **2027:** 1.000 €

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.325.000 €
2027: + 2.325.000 €

„a) Mehrbedarf und Förderung konkreter Projekte

b) Ergänzung der Erläuterung: „Die Mittel sind unter anderem für folgende Projekte vorgesehen:

- Berlin isst klimafreundlich: 170.000 € ab 2026
- Ernährungsstrategie Förderung für Weltacker in Pankow: 90.000 € ab 2026
- Flotte Kommunal: 300.000 € ab 2026
- Ernährungsbildung in Kitas: 215.000 € ab 2026
- Klima- und Hitzeschutzmaßnahmen für Träger von gemeinnützigen Kindertages- und Begegnungsstätten, z.B. Wohlfahrtsverbände: 600.000 € ab 2026

- Bau-Info Zentrum: 300.000 € ab 2026
- Förderung intelligente Heizsysteme: 600.000 € ab 2026
- Kühlgeräte-Tausch der Caritas (Zuschuss für die Anschaffung energieeffizienter Kühlgeräte für einkommensschwache Haushalte): 50.000 € ab 2026“

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung 2 –BENE 2- (Förderperiode 2021-2027) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung 2 -BENE 2- (Förderperiode 2021-2027)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 15 - Bundesprogramme Katastrophenschutz**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 15 der Sammelvorlage 2512 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 7

2400 BN
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026:	3.067.000 €
Ansatz 2027:	7.620.000 €
VE 2026:	6.100.000 €
VE 2027:	1.050.000 €

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:	+ 1.505.000 €
2027:	+ 1.505.000 €

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Rücknahme von Kürzungen, mehr für Grundwassermanagement

b) Anpassung der Tabelle:TA 5: Beprobung des Grundwassers im Landesmessnetz Berlin gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und der Grundwasserverordnung (landesweite Überwachung der Grundwasserqualität)

2026: 100.000

2027: 100.000

TA 12: Verstetigung und Ausweitung von Pilotprojekten zum lokalen Grundwassermanagement

2026: 1.250.000

2027: 1.250.000

TA 14: Maßnahmen im Rahmen der Blue Community

2026: 31.000

2027: 30.000

TA 18: Schwammstadt

2026: 370.000

2027: 370.000“

**Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für
Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07

hier: Nr. 8

2400 BN

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz **2026:** 0 €

Ansatz **2027:** 0 €

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 200.000 €

2027: + 200.000 €

„a) Titelwegfall revidieren, Mittelumschichtung zur Sanierung des Rummelsburger Sees. Die vorgesehene Sedimentsanierung des Rummelsburger Sees kann ohne gleichzeitige Maßnahmen zur Reduzierung der Neuverschmutzung keine nachhaltige Wirkung entfalten. Hauptquelle der Schadstoffeinträge ist der Ruschegraben, über den jährlich erhebliche Mengen an Phosphor, Zink, Schwermetallen und abfiltrierbaren Stoffen in den See gelangen. Um die langfristige Verbesserung der Wasserqualität zu sichern, ist der Bau eines Regenrückhaltebeckens mit Retentionsbodenfilter zwingend erforderlich. Die Finanzierung der Vorbereitungsmaßnahmen kann durch eine haushaltsneutrale Umschichtung von Kapitel 0740, Titel 52106 zu diesem Titel erfolgen.“

b) Ergänzung der Erläuterung: „Jeweils 200.000 € in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 sind für die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens und eines Retentionsfilters für den Rummelsburger See vorgesehen.“

c) Der Wegfallvermerk wird gestrichen.“

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Verkehr –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 21 – Verkehrsinvestitionsmaßnahmen / Gesamtfinanzierung ohne gesicherte Bundesmittel**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt, sich warum von den sieben geplanten Finanzierungsverträgen für Verkehrsinvestitionen bislang nur ein Finanzierungsvertrag für eine Teilmaßnahme abgeschlossen worden sei. Er bitte um eine projektspezifische Begründung und die Erörterung der Folgewirkungen sowie der Verzögerungen. Wann sei mit einem Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen zu rechnen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, man befinde sich diesbezüglich noch in Detailabstimmungen mit der Deutschen Bahn, sei aber zuversichtlich, dass man bald zu den entsprechenden Finanzierungsvereinbarungen kommen werde. Zeitliche Verzögerungen seien nach jetzigem Kenntnisstand nicht zu erwarten.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um eine detaillierte schriftliche Darlegung zu den einzelnen Projekten und Begründungszusammenhängen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu bis zum 31. März 2026 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 21 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 22 – Wassertaxi Spandau**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) führt aus, bereits in der roten Nr. 1457A sei hervorgehoben worden, dass das Potenzial möglicher Wassertaxiverbindungen für den ÖPNV gering sei. Inwiefern sei es wirtschaftlich, Mittel für den Probetrieb auszugeben, obwohl unter den Bedingungen des Schiffsverkehrs auf der unteren Havelwasserstraße keine Verbesserungen für den ÖPNV zu erwarten seien?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) merkt an, bislang seien hinsichtlich des Wassertaxis Spandau andere Strecken betrachtet worden. Man sehe großes Potenzial für eine andere Strecke, mit der man das Wassertaxi ggf. realisieren könne.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bittet um die Auflieferung eines Berichts über die Potenzialanalyse dieser neuen, anderen Strecke.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sagt einen entsprechenden Bericht zu.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, die Prioritätensetzung sei für seine Fraktion nicht nachvollziehbar. Dem Berichtswunsch der Abgeordneten Hassepaß schließe er sich an. Er bitte darum, den Bericht um eine Kostenschätzung und eine Auskunft zum Abschluss der vergaberechtlichen Prüfung zu ergänzen.

Christian Goiny (CDU) erklärt, ihn wundere die Skepsis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Verbesserung der Verkehrsanbindung Spandaus müsse ein allseitiges Interesse sein. Die Vorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reduzierten sich stets auf dieselben Straßenräume. Es sei sinnvoll, neben Fahrrädern und Straßenbahnen auch andere Verkehrsmöglichkeiten in der Stadt zu nutzen, insbesondere auch auf den Wasserwegen. Es handle sich um ein innovatives Modellvorhaben, das man in Spandau ausprobieren wolle. Es gebe auch viele andere Wasserwege in der Stadt, die für Güter- und Personenverkehr zu wenig genutzt würden. Man sei der Senatsverwaltung dankbar dafür, dass diese an dem Projekt weiterarbeite.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) begrüßt das Vorhaben einer stärkeren Nutzung der Wasserstraßen. Auch die Luft müsse man stärker für den Drohnen- und Paketverkehr nutzen. Der Schwerpunkt auf dem Wasserverkehr in Spandau erschließe sich ihm aber nicht. Wassertaxis auf der Spree im Innenstadtbereich hingegen halte er für begrüßenswert. Auch eine Ansprache der Bezirke durch den Senat bezüglich des Pilotprojekts des Güterverkehrs vom Westhafen nach Treptow und der dafür nötigen Anlegestellen würde er gutheißen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zum 31. März 2026 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- c) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 23 – Roadmap Goerzbahn
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, im letzten Haushalt seien sowohl das Wassertaxi als auch die Goerzbahn mit als erstes gestrichen und als Puffer genutzt worden. Warum stelle man für die Goerzbahn nun Mittel in Höhe von 3 Mio. Euro in 2026 und 2 Mio. Euro in 2027 in den Haushalt ein, obwohl noch gar keine Aussagen zu einem Zeitplan getroffen werden könne? Die Deutsche Bahn habe kommuniziert, dass das Projekt für sie keine Priorität habe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, diese Aussage der Deutschen Bahn sei ihr neu. Für SenMVKU sei es wichtig, Alternativen hinsichtlich aller Verkehrsmittel in Betracht zu ziehen und existierende Schienen auch zu reaktivieren. Aktuell erstelle man eine Machbar-

keitsstudie für die Goerzbahn. Dass Gelder gestrichen und als Puffer genutzt worden seien, sei ihr ebenfalls neu.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, seine Fraktion sehe die Goerzbahn positiver. Er bitte um einen Folgebericht, sobald die Machbarkeitsstudie vorliege.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zum 31. März 2026 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) möchte wissen, ob die Senatsverwaltung entsprechend der Zahlen und Kosten-Nutzen-Faktoren der Potenzial- und Machbarkeitsanalysen handle, die man für diese Projekte vornehme.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, eine Kosten-Nutzen-Untersuchung sei dann erforderlich, wenn man GVFG-Mittel beantrage und in ein Planfeststellungsverfahren gehe. Bei der Reaktivierung existierender Schienen brauche man keine Kosten-Nutzen-Untersuchung, sondern könne sich auf eine eigene Potenzialeinschätzung verlassen. Daher führe man die Machbarkeitsuntersuchung durch.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 23 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- d) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 24 – Waisentunnel
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) bittet bis zum 30. Juni 2026 um einen Folgebericht zum aktuellen Stand des Ersatzneubaus für den Waisentunnel.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis dahin ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 24 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- e) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 30 – Nahverkehrsplan /
ÖPNV-Beschleunigung
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) interessiert, ob der Senat inhaltlich etwas zu der Fortschreibung des Nahverkehrsplans und dem längerfristigen Bedarfsplan – Stichworte Beteiligung, Zeitplan – sagen könne. Wie hoch sei der Anpassungsbedarf der Vergütung in den letzten Jahren aufgrund verlängerter Fahrzeiten von Bus- und Straßenbahnen gewesen? Wie hoch seien realisierbare Einsparungen bei konsequenter Umsetzung der Beschleunigungsmaßnahmen?

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, ob die qualifiziert beendeten Straßenbahnprojekte trotz des vordringlichen Bedarfs im neuen Nahverkehrsplans gestrichen würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, der Senat habe einen Haushaltsplanentwurf verabschiedet. Aktuell befinde man sich noch in den Haushaltsberatungen. Parallel habe man mit der BVG die Revision durchgeführt und insofern vernünftig gehandelt, da man zuerst geprüft habe, welche Mittel man zur Verfügung habe, um einen Nahverkehrsplan aufstellen zu können, der etwas mit der Realität zu tun habe. Jetzt stelle man den Nahverkehrsplan auf und beabsichtige, diesen im ersten Halbjahr 2026 fertigzustellen.

Die Fragen nach der ÖPNV-Beschleunigung nehme sie als Berichtsauftrag mit, den man schriftlich beantworten werde.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, im Bericht neben der Bewertung der Auswirkungen auf den Busverkehr auch die Fahrradspur Unter den Eichen einzubeziehen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erklärt, die Aussage von Frau Senatorin Bonde, man richte sich nach dem, was im ersten Senatsentwurf gestanden habe, sehe er kritisch. Stattdessen gelte es, Zielmarken und politische Prioritäten zu formulieren und darum zu werben, dass der Haushaltsgesetzgeber die Mittel entsprechend verstärke. Er sehe keinerlei Initiative oder Vision beim Nahverkehrsplan.

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, ob er richtig verstanden habe, dass die Revision des Verkehrsvertrags abgeschlossen sei. Er bitte um einen Bericht dazu, was in der Revision verhandelt worden sei.

Liege bereits ein Entwurf des Nahverkehrsplans vor? Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans sei in der Vergangenheit ein partizipativer Prozess mit Feedbackschleifen gewesen. Es sei wichtig, in diesem Zusammenhang auch die Verbände anzuhören. Welches Vorgehen sei diesmal geplant? Werde man eine Debatte über den Bedarf führen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, im Einzelplan 07 sei die finanzielle Ausstattung des ÖPNV ausreichend berücksichtigt worden.

Das Vorgehen beim Nahverkehrsplan werde partizipativ erfolgen. Dies sei auch gesetzlich so festgeschrieben. Man werde den Nahverkehrsplan jetzt aufstellen.

Die Senatsvorlage für die Revision des Verkehrsvertrags habe man kürzlich abgeschlossen. Nun bringe man diese in den Senat ein. Über die Inhalte der Revision werde man informieren.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, welcher Zeitplan für die Senatsbeschlussfassung verfolgt werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, die Senatsbefassung sei noch für das Jahr 2025 vorgesehen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) kommt zurück auf die als wirtschaftlich geprüften Straßenbahnprojekte. Wie komme es, dass man die Mittel von der Straßenbahnplanung abziehe, wenn die Überprüfung doch ergeben habe, dass die Straßenbahn, etwa in Spandau, das bevorzugte und beste Verkehrsmittel sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bemerkt, man prüfe überall, was das bestmögliche Verkehrsmittel sei. Dies gelte für ganz Berlin.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 30 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- f) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 31 – Planungskapazitäten für Ver-
kehrsinfrastruktur und BVG-Investitionen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) bemerkt, angesichts der massiven notwendigen Investitionen sei ein Schwerpunkt auf das Thema Planungskapazitäten zu setzen.

Der Bericht stelle fünf verschiedene Finanzierungsmechanismen dar. Was seine Fraktion vermisse, sei eine Auflistung des Senats, welche Investitionsmaßnahmen mit welchen Kosten über welchen Finanzierungsmechanismus mit welchen Veranschlagungsnotwendigkeiten und in welchem Titel im Landeshaushalt dargestellt würden. Er bitte um einen schriftlichen Bericht dazu.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) äußert, den Bericht liefere man gerne bis zum 31. März 2026 auf.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 31 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

Titel 23110 – Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 9

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 731.942.000 €
Ansatz 2027: 747.136.000 €

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2026: + 10.300.000 €

Ansatz 2027: +10.300.000 €

„a) Mehreinnahmen aufgrund Bund/Länder-Vereinbarung zur Finanzierung des Deutschlandtickets. Die höheren Ausgaben werden in Kapitel 0730, Titel 54060 nachgewiesen.

b) Die Erläuterung werden entsprechend angepasst.“

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 8

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der 2400 BN
SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 10

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 2.500.000 €

Ansatz 2027: 2.500.000 €

VE 2026: 8.500.000 €

Davon fällig:

2027: 2.500.000 €

2028: 1.500.000 €

2029: 1.500.000 €

2030: 1.500.000 €

2031: 1.500.000 €

VE 2027: 4.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2026: + 3.000.000 €

Ansatz 2027: +2.800.000 €

VE 2026: + 2.800.000 €
Davon fällig:
2027: + 2.800.000 €
2028: +/-0
2029: +/-0
2030: +/-0
2031: +/-0

VE 2027: +/-0

„a) mehr für Verstärkung der Maßnahmen, zusätzliche VE zur überjährigen Sicherung der Maßnahmen“

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 9

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 11

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 3.000.000 €
Ansatz 2027: 3.000.000 €

VE 2026: 4.000.000 €
VE 2027: 3.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2026: + 1.800.000 €
Ansatz 2027: + 1.000.000 €

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) mehr für Verstärkung der Maßnahmen“

Titel 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 10

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 12

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 2.600.000 €
Ansatz 2027: 2.800.000 €

VE 2026: 6.000.000 €
Davon fällig:
2027: 2.000.000 €
2028: 2.000.000 €
2029: 2.000.000 €

VE 2027: 6.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

Ansatz 2026: + 500.000 €
Ansatz 2027: + 3.000.000 €

VE 2026: + 3.000.000 €
Davon fällig:
2027: + 3.000.000 €
2028: +/- 0 €
2029: +/- 0 €

VE 2027: +/- 0 €

„a) mehr für Verstärkung der Maßnahmen, zusätzliche VE zur überjährigen Absicherung der Maßnahmen“

Titel 52133 – Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 11

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 52144 – Maßnahmen zur Umsetzung einer Sharing-Strategie –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 13

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz **2026:** 4.000.000 €
Ansatz **2027:** 4.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: -3.999.000 €
2027: -3.999.000 €

„a) späterer Bedarf

b) Anpassung der Titelerläuterung: Ergänzung des Wortes „zukünftigen“ in dem Satz: „Der Titel dient der zukünftigen Finanzierung der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Entwicklung und Umsetzung einer Sharing-Strategie für den öffentlichen Raum.“ Streichung des Wortes „insbesondere“ in dem Satz: „Ziel ist die gesamtstädtische Verfügbarkeit von sachgerechten Angeboten im Sharing-Segment, insbesondere um diese mit dem bestehenden Ö(PN)V zu verknüpfen.“

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 BN
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 14 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2026:	2.500.000 €
Ansatz 2027:	2.500.000 €
VE 2026:	1.500.000 €
VE 2027:	500.000 €

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:	+ 1.000.000 €
2027:	+ 50.000 €
VE 2026:	+/- 0 €
VE 2027:	+/- 0 €

„a) zusätzliche Mittel in 2026 für Verkehrssimulation sowie in 2027 für Schreibleizenzen infrest/Baustellenatlas der Bezirke

b) Anpassung der Titelerläuterung

Änderung des letzten Satzes in: „Zu nennen sind hier bspw. Monitoring und ggf. Fortschreibung der Planwerke (insbes. Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr), Datenmanagementplattform für Sharing-Angebote, Verkehrssimulationen oder Maßnahmen zur Baustellenkoordinierung, inkl. Von Lizenzen.“

Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 32 - MUVA**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) interessiert, wer für das Angebot nutzungsberechtigt sein werde.

Da in der Vorlage jährliche Kosten in Höhe von 1,28 Mio. Euro beziffert, aber Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro veranschlagt worden seien, gehe er davon aus, dass die Mittelausstattung auskömmlich sei. Die zusätzliche Aufstockung um 1,7 Mio. Euro für MUVA-Teilleistungen verwundere ihn daher. Welche MUVA-Teilleistungen seien konkret gemeint?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, das neue Angebot richte sich an Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die auf die Barrierefreiheit des ÖPNV angewiesen seien, konkret bei Aufzugstörungen und nicht akzeptablen Umfahrungsmöglichkeiten mit alternativen ÖPNV-Angeboten.

Sollten über den Senatsentwurf hinaus weitere Ansätze realisiert werden, werde man diese ab dem 1. Januar 2026 nutzen, um einen möglichst sanften Übergang gewährleisten zu können.

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, ob dafür die Mittel in Höhe von 1,7 Mio. Euro ausreichen. Sei es realistisch, dass das Angebot bis zum 1. Januar vollständig umgestaltet und unterbrechungsfrei funktionieren werde? Stünden ausreichend Inklusionstaxis bereit? Könne das Taxigewerbe den ab dem 1. Januar geplanten Auftrag tatsächlich umsetzen?

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, ihm sei nicht klar, was Frau Senatorin Bonde in ihrer Antwort mit „weiteren Ansätzen“ gemeint habe.

Sei davon auszugehen, dass in der Übergangsphase das alte Angebot noch fortgesetzt werde, während das neue Angebot parallel anlaufe? Oder würden die zusätzlichen Mittel für den Umfang der Leistungen der alternativen barrierefreien Beförderung veranschlagt?

Sei mit Blick auf die Frage nach der Verfügbarkeit der Inklusionstaxis eine Änderung der Anforderungen an die Bedienung des BER durch Inklusionstaxis geplant? Es sei bekannt, dass die meisten Inklusionstaxis am BER stünden, obgleich der Bedarf dort gar nicht vorhanden sei. Seien Änderungen geplant, um Inklusionstaxis in Zukunft flexibler und bedarfsgerechter einsetzen zu können?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, man gehe davon aus, das Angebot wie geplant unterbrechungsfrei zum 1. Januar starten zu können. Die Vereinbarung mit dem VBB sei abgeschlossen, die Vereinbarung mit der Taxiinnung stehe kurz vor dem Abschluss.

Hinsichtlich der Frage nach den Mitteln gehe man im Titel 54045 von 2,5 Mio. Euro jährlich für MUVA aus. Die Ausführung hinsichtlich weitere Ansätze habe sich auf den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen bezogen, in dem weitere 1,7 Mio. Euro jährlich vorgesehen seien, die für die Übergangsphase genutzt würden, damit diese reibungslos verlaufe.

Mit der Taxiinnung stehe man auch zum Thema BER im Gespräch und versuche, über entsprechende Anreize dafür Sorge zu tragen, dass die Inklusionstaxis bedarfsgerecht eingesetzt würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 32 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 12

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 54060 – Aufwendungen für das Deutschlandticket –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 15

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz **2026:** 285.000.000 €
Ansatz **2027:** 285.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 20.600.000 €
2027: + 20.600.000 €

„a) Höhere Ausgaben aufgrund Bund/Länder-Vereinbarung zur Finanzierung des Deutschlandtickets. Die anteiligen höheren Einnahmen werden in Kapitel 0730, Titel 23110 nachgewiesen.

b) Die folgenden Sätze werden aus der Erläuterung gestrichen: „Finanzierung des Deutschlandtickets unter der Annahme, dass die Finanzierung des Deutschlandtickets ab 2026 weiterhin hälftig durch Bund und Länder im Umfang von insgesamt 3 Mrd. Euro pro Jahr erfolgt. Die Entscheidung zur Fortsetzung des Deutschlandtickets ist zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht getroffen worden und wird in der 2. Jahreshälfte 2025 erwartet.“

Titel 54084 – Leistungen außerhalb der Verkehrsverträge an Verkehrsunternehmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 BN
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 16

Ansatz **2026:** 1.000 €
Ansatz **2027:** 1.000 €

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.700.000 €
2027: + 1.700.000 €

„a) Fortsetzung von MUVA-Teilleistungen

b) Anpassung der Erläuterung: Erweiterung der Aufzählung am Ende durch „Fortsetzung von Teilleistungen des Angebots „Muva“ zur Verbesserung der Feinerschließung und zur Absicherung der barrierefreien Mobilität.“

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 33 - Azubi-Ticket und Deutschland-
Sozialticket
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt, ob davon auszugehen sei, dass das Azubiticket wie geplant ab dem 1. Januar 2026 nutzbar sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, man schaffe aktuell im VBB die Voraussetzungen für die Einführung des Tarifprodukts. Die Auszubildenden würden dieses im Folgemonat der Beantragung erhalten. Den Auszubildenden werde das Ticket damit ab dem 1. März 2026 zur Verfügung stehen.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet bis zum 30. Juni 2026 um einen Folgebericht dazu, wie das Azubiticket von den ausbildenden Unternehmen genutzt worden sei.

Sei bezüglich der Probleme beim Jobticket eine Lösung gefunden worden? Warum könne das Jobticket und damit das Azubiticket nicht wie in Hamburg bereits ab einer Person in Anspruch genommen werden, sodass auch kleinere Betriebe dieses anbieten könnten? Er bitte

um die Auflieferung eines entsprechenden Berichts, der auch die Frage berücksichtige, welcher Aufwand damit für die BVG einhergehen würde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, ein Bericht sei mutmaßlich nicht nötig, da man kurz vor dem Abschluss einer Lösung stehe, der das Hamburger Model mit der S-Bahn aufgreife. Auch Unternehmen mit nur einem Auszubildenden hätten dann die Möglichkeit, das Azubi-Jobticket zu beziehen. Bei der S-Bahn werde ein Pooling stattfinden. Die Aufwendungen betragen ungefähr 100.000 Euro.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet darum, dennoch den gewünschten Folgebericht aufzuliefern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Kristian Ronneburg (LINKE) interessiert, ob alternativ zum Sozialticket-Berlin AB auch ein Deutschlandticket Sozial geschaffen werden könne.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, das Sozialticket befinde sich in der Zuständigkeit der SenASGIVA, weshalb sie dazu keine Aussage treffen könne.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 33 der Sammelvorlage zur Kenntnis. – Sodann nimmt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD an.

Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 13

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 17

Ansatz **2026:** 3.500.000 €
Ansatz **2027:** 2.600.000 €

VE **2026:** 1.475.000 €
VE **2027:** 1.180.000 €

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:	+/- 0 €
2027:	+/- 0 €
VE 2026:	+/-0 €
VE 2027:	+/-0 €

„a) Ergänzung Titelerläuterung

b) Anpassung der Titelerläuterung: Am Ende der bisherigen Titelerläuterungen werden folgende Ergänzungen eingefügt: „Ab Leistungsphase 2 werden die Mittel in Kapitel 0730, Titel 68253 nachgewiesen. Folgende Maßnahmen sollen finanziert werden:

- Straßenbahnmaßnahmen u.a. gemäß dem jeweils gültigen NVP (z.B. Potsdam-Krampnitz-Heerstraße in Spandau)
- U-Bahn-Maßnahmen u.a. gemäß dem jeweils gültigen NVP (z.B. U3, U7 Spandau, U 7 BER (sofern sich Brandenburg beteiligt), U2 über Pankow Kirche in die nördlichen Ortsteile Pankows, U8 Märkisches 11 Viertel, U 10 vom Alexanderplatz über Weißensee und Karow nach Buch)
- SPNV-Maßnahmen u.a. gemäß dem jeweils gültigen NVP (u.a. Fahrplanstudien, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) inkl. Aufgaben aus i2030 und Verlängerung Siemensbahn, Nahverkehrstangente“

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 16 - Neubaustrecken Straßenbahn
und U-Bahn
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, aus Bericht Nr. 16 gehe hervor, dass die Straßenbahn als Vorzugsverkehrsmittel den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen für die Neubaustrecke aufweise. Aus welchen Gründen solle für eine U-Bahn-Variante trotz Ausscheidens im Verkehrsmittelvergleich Geld für eine Untersuchung ausgegeben werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, man halte es für sinnvoll, noch einmal in die Prüfung zu gehen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) möchte wissen, welche Parameter sich geändert hätten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, die Bevölkerungszahlen und die anzuschließenden Wohngebiete änderten sich kontinuierlich.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 16 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 17 - Gesamtfinanzierung Verkehrs-
investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 17 der Sammelvorlage 2512 ohne Aussprache zur Kenntnis. – Sodann nimmt der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD an.

Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV –

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 18 - MUVA
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 18 der Sammelvorlage 2512 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 19 - Fortgang der 1. Revision des
BVG-Verkehrsvertrages 2020-2035
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, ob zu Bericht Nr. 19 ein Berichtsauftrag ausgelöst worden sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bestätigt, das zur Revision des Verkehrsvertrags ein Berichtsauftrag ausgelöst worden sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 19 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

- c) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 20 - Nahverkehrsplan, Abstellkapazität U-Bahn und E-Busse
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, in welche Maßnahmen die frei werdenden Mittel für den gestrichenen Umbau des Busbetriebshof Indira-Gandhi-Straße fließen würden. Sei die Entscheidung bereits final?

Kristian Ronneburg (LINKE) merkt an, Erkenntnisinteresse seiner Fraktion sei weniger die Frage der Geldleistungen gewesen, sondern die Frage der Zuteilung der Stromnetzleistungen wegen des Rabattierungsverfahrens. Wo sei die Leistung gesichert und wo nicht? Er bitte um eine entsprechende Nachlieferung der Beantwortung.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, die BVG baue in der Sätisstraße seit 60 Jahren den ersten neuen Busbetriebshof. Hinzu kämen die zwei Busbetriebshöfe in der Köpenicker Landstraße. Es handle sich jeweils um E-Bus-Betriebshöfe. Die alten Betriebshöfe würden sukzessive umgestellt. Dass der Umbau des Busbetriebshof Indira-Gandhi-Straße gestrichen werde, entziehe sich ihrem Kenntnisstand. Aus welcher Quelle stamme diese Information?

Der geäußerten Bitte um eine Nachlieferung der ausstehenden Antwort komme man gerne schriftlich nach.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 20 der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 27 - S-Bahn-Ausschreibung
(SBSNS-II)
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)**

[2512](#)
Haupt

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Nachprüfverfahrens. Bis wann werde dieses abgeschlossen sein? Wie gehe es weiter, wenn Alstom, wie angekündigt, Klage erheben werde? Gebe es beim Senat die Bereitschaft zu einer schnelleren Rechtsklarheit? Könne man sich mit Alstom womöglich außergerichtlich im Rahmen eines Vergleichs einigen?

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, seine Fraktion habe Fragen zu den Baureihen 480 und 481. Die Baureihe 481 müsse saniert werden. An welcher Stelle sei dies im Haushaltsentwurf berücksichtigt? In welchen Rahmen würden die zusätzlichen Kosten liegen? Mit welchen Auswirkungen auf den S-Bahn-Verkehr sei aufgrund der Sanierung bei der Baureihe 481 zu rechnen?

Bei der Baureihe 480 liege noch immer kein Prüfergebnis hinsichtlich der Revision der Fahrzeuge und bezüglich des weiteren Einsatzes vor. Er bitte daher um einen Folgebericht. Darin sei auch dazulegen, ob ein Alternativplan existiere, falls eine weitere Revision nicht durchgeführt werden könne.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, zur Dauer des Nachprüfverfahrens könne sie nichts sagen. Eventuell könne die Vergabekammer dazu Auskunft geben. Mit dem Berichter-

statter sei man im Austausch. Mit Alstom habe sie bereits mehrere Vergabeverfahren durchgeführt. Die Bereitschaft zu einem Vergleich sei dabei bislang nie gegeben gewesen.

Für die Baureihe 481 habe man eine entsprechende Finanzierung in der S-Bahn-Vertragstiteln hinterlegt. Das Prüfergebnis zur Reihe 480 erwarte man. Gerne nehme man schriftlich zu den Ergebnissen Stellung, wenn diese vorlägen. Dauere dies länger als bis Ende des ersten Quartal 2026, werde man einen Zwischenbericht aufliefern.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet darüber hinaus um einen schriftlichen Bericht zur Sanierung der Baureihe 481, konkret den Auswirkungen dieser Sanierung auf den S-Bahn-Verkehr.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) schlägt als Berichtsdatum den 31. März 2026 vor.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 27 der Sammelvorlage 2512 Kenntnis.

Titel 54223 – Vorbereitungskosten für den Straßenbau –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 18

2400 BN
Haupt

Ansatz **2026:** 600.000 €

Ansatz **2027:** 600.000 €

VE **2026:** 375.000 €

VE **2027:** 375.000 €

Änderungsantrag Nr. 18 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/-0 €

2027: +/-0 €

VE **2026:** +/-0 €

VE **2027:** +/-0 €

„a) Ergänzung Titelerläuterung

b) Anpassung der Erläuterung: Ergänzung nach „Grundlagenermittlungen für den Ausbau und Umbau von Straßen (Machbarkeitsstudien) und Vorplanungen für Verkehrsanlagen (Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI)“ um folgende Wörter: „u. a. Machbarkeitsstudie für die Sanierung

und Umgestaltung der Berliner Allee (B2) sowie Erschließung Blankenburger Süden (Netzelemente und VEB)“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 68234 – Zuschüsse für Planungsleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	<u>2400 BN</u>
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07	Haupt
<u>hier: Nr. 19</u>	

Ansatz 2026:	195.000 €
Ansatz 2027:	195.000 €
VE 2026:	595.000 €
VE 2027:	380.000 €

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:	+/-0 €
2027:	+/-0 €
VE 2026:	+/-0 €
VE 2027:	+/-0 €

„a) Ergänzung Titelerläuterung

b) Anpassung der Erläuterung

Der zweite Anstrich „Reaktivierung der Stammstrecke der Heidekrautbahn wird aufgrund Abschluss der Planungsleistungen gestrichen. Es wird ein neuer Satz am Ende der Erläuterung ergänzt: „Weniger wegen Abschluss der Planungsleistungen für Heidekrautbahn“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 14

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 15

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 25 - Neubau von Straßenbahnstrecken**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)
- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 26 - Planungsmittel für Straßenbahn Kulturforum und betrieblicher Mehraufwand durch zurückgestellter Realisierung**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Berichte Nr. 25 und 26 aus der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis. – Sodann lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 20

Ansatz 2026: 5.000.000 €
Ansatz 2027: 5.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.500.000 €
2027: + 2.500.000 €

„a) mehr für Verstärkung der Planungen

b) Ergänzung der Erläuterung: „• Verlängerung der U 3 Krumme Lanke – Mexiko-
platz

• Weitere U-Bahnmaßnahmen abhängig vom Projektfortschritt, z.B. U7 BER, (sofern sich Brandenburg beteiligt) und Spandau, U2 über Pankow Kirche in die nördlichen Ortsteile Pankows, U8 Märkisches Viertel, U 10 vom Alexanderplatz über Weißensee und Karow nach Buch

• Für folgende Aus- und Neubauprojekte werden die begonnenen Planungen vorangetrieben und die Einleitung der Planfeststellungsverfahren angestrebt: Mahlsdorf (62), Turmstraße-Jungfernheide (M5, M8, M10) Weißensee (Pasedagplatz) – Heinersdorf – S-Bhf. Pankow (12), Jungfernheide – Urban Tech Republic – Schuma-cher Quartier. Nach erfolgreicher Überprüfung gilt dies auch für die Strecken: Alexanderplatz – Potsdamer Platz, Warschauer Straße – Hermannplatz (M10) sowie die Verlängerung nach Blankenburger Süden (M2).“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 68353 – Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems –

hierzu:

Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen (rote Nummer 2400 BM)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 16

2400 BM-1
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM-1 ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 BN
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 21

Ansatz 2026:	2.813.000 €
Ansatz 2027:	2.813.000 €
VE 2026:	2.813.000 €
Davon fällig:	
2027:	2.813.000 €
2028:	0
2029:	0
VE 2027:	2.813.000 €

Änderungsantrag Nr. 21 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:	+ 4.500.000 €
2027:	+ 3.500.000 €
VE 2026:	+ 5.200.000 €
Davon fällig:	
2027:	+ 2.000.000 €
2028:	+ 1.600.000 €
2029:	+ 1.600.000 €
VE 2027:	+/-0

„a) Mehrbedarf zur Umsetzung der Projekte Wassertaxi in Spandau sowie Aufnahme des Testbetriebs der Goerzbahn

b) Der letzte Satz der Erläuterung wird wie gestrichen und durch folgend Sätze ersetzt: „Ausgaben in Höhe von jeweils 1.500.000 € in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 sind für das Pilotprojekt Wassertaxi in Spandau vorgesehen. Ausgaben in Höhe von 3.000.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5.200.000 € im Haushaltsjahr 2026 sowie Ausgaben in Höhe von 2.000.000 € im Haushaltsjahr 2027 sind für die Aufnahme des Testbetriebes der Goerzbahn für den Personenverkehr vorgesehen.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 1.500.000 Euro gesperrt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 17
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 BN
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 22
Haupt

Ansatz **2026:** 4.725.000 €

Ansatz **2027:** 4.750.000 €

VE **2026:** 8.000.000 €

Davon fällig:

2027: 3.500.000 €

2028: 1.500.000 €

2029: 1.000.000 €

2030: 1.000.000 €

2031: 1.000.000 €

VE **2027:** 8.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 22 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 €

2027: + 1.000.000 €

VE **2026:** + 1.000.000 €

Davon fällig:

2027: + 1.000.000 €

2028: +/- 0

2029: +/- 0

2030: +/- 0

2031: +/- 0

„a) mehr für Verstärkung der Maßnahmen, zusätzliche VE zur überjährigen Absicherung der Maßnahmen“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 72020 – Verbesserung der Infrastruktur für den Fußverkehr –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 BN
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 23

Ansatz **2026:** 2.000.000 €
Ansatz **2027:** 2.000.000 €

VE **2026:** 6.000.000 €
Davon fällig:
2027: 2.000.000 €
2028: 1.000.000 €
2029: 1.000.000 €
2030: 1.000.000 €
2031: 1.000.000 €

VE **2027:** 5.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 23 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +1.000.000 €
2027: +1.000.000 €

VE **2026:** + 1.000.000 €
Davon fällig:
2027: + 1.000.000€
2028: +/- 0
2029: +/-0
2030: +/-0
2031: +/- 0

VE **2027:** +/-0

„a) mehr für Verstärkung der Maßnahmen, zusätzliche VE zur überjährigen Absicherung der Maßnahmen“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 18
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe aufgrund der Annahme des weitergehenden Änderungsantrags Nr. 23 der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache seine Erledigung gefunden.

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 28 - Fußverkehr – Modellprojekte
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)
Haupt
- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 29 - Mittel Fußverkehr
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)
Haupt
- c) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 34 - Drittmittel Fußverkehr – Modellprojekte
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, der Umsetzungsgrad der Modellprojekte sei nicht zufriedenstellend. Er bitte den Senat um eine Stellungnahme zu der Frage, wie der Mittelabfluss in diesem Bereich insgesamt verbessert werden könne, auch in Bezug auf die Stellenbesetzungen in den Bezirken. Sehe der Senat noch Handlungsoptionen, um unterstützend tätig zu werden? Beim Modellprojekt in Marzahn-Hellersdorf sehe man, wie Kostensteigerungen und Zeitverzug zu einem stetigen Abschmelzen des Projekts führten.

Oda Hassepaß (GRÜNE) erkundigt sich, an welchen Gehwegen man beim Modellprojekt arbeiten werde. Wann sei mit einer Festlegung und Umsetzung zu rechnen?

Im Hinblick auf Bericht Nr. 29 weise sie auf die dort getätigte Aussage hin, dass der Ausbau der Radinfrastruktur in der Regel auch zu Verbesserungen für die Verkehrssicherheit im Fußverkehr führe. Dies stehe im Widerspruch zu den aktuellen Umsetzungsständen, Stichworte Radwegestopp und Kürzungen im Radverkehrsbereich. Wann werde die Radinfrastruktur für Radfahrende verbessert, um auch die Verkehrssicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger zu verbessern?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet dem Abgeordneten Ronneburg, dass man die Bezirke unterstütze, wo man nur könne. Man schreibe etwa Rahmenverträge aus, auf welche

die Bezirke dann zugreifen würden. Die Situation sei misslich, liege aber in der Verantwortung der Bezirke.

Anders als die Vorgängerregierung schaffe man keine Pop-Up-Radwege, sondern schaue sich die Gesamtsituation aller Verkehrsteilnehmenden an. Dies führe dazu, dass die Umsetzung einer Radverkehrsmaßnahme auch die Sicherheit im Fußverkehr erhöhe. Dies setze man permanent um.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, dies sei nicht ihre Frage gewesen. Sie wolle wissen, wann die Radinfrastruktur für Radfahrende verbessert werde, um auch die Verkehrssicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger zu verbessern. Aktuell werde bei den Radverkehrsmitteln gekürzt. In den vergangenen beiden Jahren habe die Senatorin zudem Bundesfördermittel für Stadt und Land verfallen lassen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wiederholt, der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur Sorge in der Regel auch für eine höhere Sicherheit im Fußverkehr. Dies setze man permanent um, da man kontinuierlich Radverkehrsinfrastruktur plane und baue

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nr. 28, 29 und 34 aus der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

Titel 83130 – Kapitalzuführung an die BVG –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 <u>hier: Nr. 19</u>	2400 BM Haupt
--	----------------------------------

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 <u>hier: Bericht Nr. 35 - Eigenkapitalzuführung an die</u> BVG (Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)	2512 Haupt
---	-------------------------------

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht Nr. 35 aus der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis. – Sodann lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

**Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für die Straßenregen-
entwässerung**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 BN
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 24

Ansatz **2026:** 0 €
Ansatz **2027:** 0 €

Änderungsantrag Nr. 24 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000 €
2027: + 1.000 €

„a) Titelfall revidieren

c) Der Wegfallvermerk wird gestrichen“

Vorsitzender Stephan Schmid weist darauf hin, dass im Antrag das Kapitel 0720 genannt, tatsächlich aber das Kapitel 0730 gemeint sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 BN
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 25

Ansatz **2026:** 195.600.000 €
Ansatz **2027:** 195.600.000 €

VE **2026:** 400.000.000 €
VE **2027:** 400.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 25 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000 €

2027: + 500.000 €

VE **2026:** +/- 0 €

VE **2027:** +/- 0 €

„a) Ausweisung und Finanzierung von Busbeschleunigung

b) Anpassung der Erläuterung:

Nach „Summe Straßenbahn“ (S. 166) wird eine neue Nr. 4 ergänzt: „4. Sonstige Maßnahmen- Busbeschleunigung d) 500.000 e) 500.000

Die „Summe ÖPNV“ wird entsprechend angepasst.“

Mitberaten wird:

Bericht SenMVKU – IV C 31 – vom 28.10.2025
**Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen
Personennahverkehrs**
gemäß Auflage B. 37 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[1940 A](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1940A zur Kenntnis. Sodann nimmt der Ausschuss ohne Aussprache den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD an.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Tiefbau

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07**
hier: Bericht Nr. 36 - Masterplan Brücken
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2512](#)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) möchte wissen, wann der Masterplan Brücken fertig sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, man befinde sich hausintern in der Endredaktion. Anschließend gehe der Masterplan in den Senat und dann an die Abgeordneten.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob ihm der Masterplan noch im Jahr 2025 zugehen werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, dies könne sie nicht zusichern. Bestätigen könne sie Anfang 2026.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, ob die Senatorin davon ausgehe, dass sich aus dem Masterplan keine Veranschlagungsnotwendigkeit ergäben.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bemerkt, jene Maßnahmen, die man in 2026 und 2027 als prioritär ansehe, habe man finanziell abgesichert, entweder im Kernhaushalt oder im Sondervermögen.

Steffen Zillich (LINKE) möchte wissen, ob damit zu rechnen sei, dass sich hinsichtlich der Belegung des Sondervermögens oder in der Investitionsplanung ein Anpassungsbedarf ergebe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erklärt, man habe die entsprechenden Priorisierungen vorgenommen. Dies gelte bei den Maßnahmen, die in nächsten Jahren erforderlich seien, auch für das Sondervermögen und die Investitionsplanung.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 36 aus der Sammelvorlage 2512 zur Kenntnis.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025	2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07	
<u>hier: Bericht Nr. 37 - Bewirtschaftungsausgaben</u>	
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)	

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 37 aus der Sammelvorlage 2512 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025	2512
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07	
<u>hier: Bericht Nr. 38 - Unterhaltung Gewässer</u>	
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)	

Kristian Ronneburg (LINKE) entnimmt der Vorlage, dass der Bericht zur Entwicklung der Uferwege bis Ende 2025 abgeschlossen werde. Er bitte den Senat darum, diesen in einem Folgebericht bis zum 31. März 2026 zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 38 aus der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Titel 52106 – Sanierung Rummelsburger See –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 BN
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 26 Haupt

Ansatz 2026:	3.500.000 €
Ansatz 2027:	3.500.000 €
VE 2026:	10.000.000 €
VE 2027:	10.000.000 €

Änderungsantrag Nr. 26 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:	- 200.000 €
2027:	- 200.000 €
VE 2026:	+/-0 €
VE 2027:	+/-0 €

„a) Anteilige Mittelumschichtung zu Kapitel 0720, Titel 89101“

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD an.

Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 20 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

**Titel 72776 – Grundinstandsetzung des Tunnels Überbauung Schlangenbader
Straße –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 21

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aus-
sprache ab.

Titel 89115 – Zuschuss zum Bau von Radschnellwegen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2400 BM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 22

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aus-
sprache ab.

Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von Investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 23

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 23 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Naturschutz und Stadtgrün –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenMVKU – III C 2-3 – vom 29.10.2025 [2419 C](#)
Volksentscheid Baum – Darstellung der Haupt
Bauminfrastrukturkosten
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht rote Nr. 2419 C sei bereits zur Kenntnis genommen worden.

- b) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: **Bericht Nr. 39 - BEK/MG 01**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) erinnert daran, dass ihre Fraktion hier einen Berichtsauftrag ausgelöst habe. In der ersten Lesung sei mündlich berichtet worden, dass teilweise die Bezirke aus ihren Etats die Finanzierung von Vorhaben übernehmen sollten, die im vorigen Doppelhaushalt Teil des BEK gewesen seien. Der Bericht gebe nun an, dass die Vorhaben, die in den Jahren 2024 und 2025 aus BEK-Titeln der Maßnahmengruppe 01 finanziert worden seien, in der Anlage 2 tabellarisch aufgeführt seien. Von den dort genannten Einzelprojekten sei der SenMVKU aktuell nur eine Verstetigung des Vorhabens Masterplan City über Titel des Kapitels 1350 bekannt. Von einer neuen tabellarischen Darstellung werde daher abgesehen. Es sei somit eine Liste angekündigt worden, die es nun nicht gebe. Könne eine solche Liste nachgeliefert werden oder angegeben werden, wo die Mittel verblieben seien?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass aufgeführt worden sei, was aus dem Entwurf des Senatshaushalts bekannt sei. Dies sei im Einzelplan 13 die Solarcity. Da die Haushalte der Bezirke noch nicht beschlossen seien, könne hier noch keine Liste vorgelegt werden. Nach dem Beschluss könnten die Bezirke gebeten werden, die Maßnahmen zu benennen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt nach, ob mündlich Auskunft über die Pläne gegeben werden könne, die in der Abstimmung seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wiederholt, dass die Bezirke ihre Haushalte noch nicht verabschiedet hätten. Insofern könnten aktuell keine konkreten Maßnahmen oder Projekte benannt werden. Es bleibe den Bezirken vorbehalten, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollten.

Oda Hassepaß (GRÜNE) gibt an, dass die Bezirke ihres Erachtens die Haushalte festgelegt hätten. Von daher müssten die Pläne bekannt sein. Wenn angekündigt worden sei, dass die BEK-Mittel nicht verloren gingen, sondern nun von den Bezirken verwaltet würden, müsse es möglich sein, eine Liste zu erstellen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) konkretisiert, dass die Bezirkshaushalte Gegenstand des Gesamthaushalts des Landes Berlins seien. Die Bezirke hätten ihre Haushalte also schon festgelegt, verabschiedet sei der Haushalt aber noch nicht. Die Senatsverwaltung könne die Pläne jedoch abfragen und eine Liste vorlegen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 39 der Sammelvorlage rote Nr. 2512 damit zur Kenntnis.

- c) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 40 - Auswirkungen beantragte Änderungen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, dass in dem Bericht die Kürzungen bei Grün Berlin sehr allgemein gehalten seien. Sie bitte die Senatsverwaltung, den aktuellen Stand mitzuteilen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass die Senatsverwaltung mit der Grün Berlin GmbH über die Maßnahmen ins Gespräch gehen werde, wenn der Haushalt verabschiedet sei. Man werde alles daran setzen, Schäden für das Land Berlin möglichst zu vermeiden und die laufenden Projekte umsetzen zu können. Gegebenenfalls müssten hinsichtlich der Ausführungsstandards Abstriche gemacht werden, um Kosten zu sparen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 40 der Sammelvorlage rote Nr. 2512 damit zur Kenntnis.

- d) Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 41 - Spreepark
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Christian Goiny (CDU) hält fest, dass in dem Bericht sehr ausführlich dargelegt werde, an welchen Stellen der Spreepark Einnahmen erzielen solle. Es solle jedoch auch eine kulturelle

Nutzung geben, die bis auf die Erwähnung des Riesenrads nicht weiter ausgeführt worden sei. Er wolle deshalb um einen Folgebericht bitten, in dem das gastronomische und kulturelle Angebot dargestellt und erklärt werden solle, welche Akteure aus der Berliner Kulturszene einbezogen werden sollten. Wie solle das Angebot organisiert werden, wer solle die Trägerschaft übernehmen, wer trage wirtschaftliche Risiken und wer solle an den Einnahmen profitieren? Zur Unterlegung und Plausibilisierung der Kalkulation müssten diese Angaben noch besser dargelegt werden. Der Bericht solle spätestens zum Ende des ersten Quartals 2026 erfolgen.

Kristian Ronneburg (LINKE) fügt hinzu, er wolle sich der Berichtsbitte anschließen. Dabei interessiere ihn insbesondere der Aspekt der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel: Es bestehe die Befürchtung, dass die unzureichende Anbindung des Spreeparks an den ÖPNV mit der Zielzahl der Besuchenden konfligiere. Seien hier alternative Szenarien geplant? Wie gedenke der Senat, die ÖPNV-Anbindung zu verbessern? Wie sollten Großveranstaltungen vonseiten des ÖPNV abgesichert und Leistungen verstärkt werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsbitten fest.

Oda Hassepaß (GRÜNE) merkt an, viele Teilprojekte seien über das Programm BENE 2 finanziert. Diese Mittel sollten nun zurückgefahren beziehungsweise eingeschränkt werden. Wie beeinflusse das Zurückstellen der BENE-2-Mittel die Vorhaben des Gesamtprojekts?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) hält zunächst fest, sie werde den Berichtsbitten gern nachkommen. Es könne bereits ausgeführt werden, dass der Spreepark von der S-Bahn-Haltestelle Treptower Park zu Fuß zu erreichen sei. Ein Schiffshuttle befinde sich gerade in der Ausschreibung; ein eigener Anleger werde gebaut. Auch mit dem Bus sei eine Anbindung möglich. – Zur Frage der Abgeordneten Hassepaß sei zu sagen, dass die Maßnahmen, die durch BENE 2 gefördert würden, auch umgesetzt würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 41 der Sammelvorlage rote Nr. 2512 damit zur Kenntnis.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 24
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 24 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 27
Haupt

Ansatz 2026: 7 199 000 Euro
Ansatz 2027: 8 304 000 Euro

VE 2026: 5 000 000 Euro
VE 2027: 5 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 150 000 Euro
2027: + 270 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) anteilige Rücknahme Kürzungen

b) Anpassung der Tabelle:

TA 3: Aktionsprogramm Produktive Landschaft
2026: 618.000
2027: 680.000

TA 5: In-Wertsetzung des städtischen Grüns im Hinblick auf die Erfordernisse der wachsenden Stadt und deren Resilienz in Bezug auf neue Anforderungen.
2026: 445.000
2027: 445.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 27 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 28

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 3 250 000 Euro
2027: + 3 250 000 Euro

„a) Rücknahme Wegfall Titel und Rücknahme Kürzung

b) Es wird folgende Titelerläuterung eingefügt: „Vor dem Hintergrund der durch den Klimawandel bedingten Witterungsereignisse sind weiterhin Finanzmittel für gesamtstädtisch bedeutsame Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Baumbestandes notwendig. Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen zu verwenden:

- Pflegemaßnahmen zur Verbesserung des Baumbestandes
- Sanierung von Baumstandorten (Bodenaustausch und -verbesserung)
- Pflanzung von Bäumen auf öffentlichen Flächen

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.“

c) Der Wegfallvermerk wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 28 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 25

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Änderungsantrag Nr. 25 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich mit der soeben erfolgten Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 28 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Koalitionsfraktionen erledigt.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 29

Ansatz 2026: 1 925 000 Euro

Ansatz 2027: 1 925 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 335 000 Euro

2027: + 335 000 Euro

„b) Anpassung der Tabelle:

TA 2: Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang

a) mit der Beratung und Koordinierung zum Umgang mit hilflosen Wildtieren in Berlin sowie für den Wildtierschutz

2026: 250.000

2027: 250.000

TA 8: Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt für die bestäuberfreundliche Stadt

2026: 480.000

2027: 480.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 29 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 26

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Änderungsantrag Nr. 26 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich mit der soeben erfolgten Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 29 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Koalitionsfraktionen erledigt.

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 31

Ansatz 2026: 2 446 000 Euro

Ansatz 2027: 2 348 000 Euro

VE 2026: 3 000 000 Euro

VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 4 200 000 Euro

2027: + 4 200 000 Euro

VE 2026: +/- 0

VE 2027: +/- 0

„a) anteilige Rücknahme Kürzungen, mehr für Kleingewässerprogramm

b) Anpassung der Tabelle:

TA 1: Aktionsprogramm Urbane Natur

2026: 1.590.000

2027: 1.530.000

TA 6: Kleingewässerprogramm

2026: 4.505.700

2027: 4.511.000

Anpassung der Erläuterung:

Zu TA 1: ‚Die Mittel sind u.a. für die Projekte ‚Artenschutz am Gebäude‘ sowie ‚Hymenopterendienst‘ vorgesehen.‘

Zu TA 6: ‚Die Mittel sind u.a. für den Schwanenteich Reinickendorf und die Maßnahme Belüftung bzw. Zirkulation Kiezteich Ernst-Thälmann-Park (Biotop) vorgesehen.‘“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 31 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 27

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 27 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 28

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 28 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 32

Ansatz 2026: 6 500 000 Euro
Ansatz 2027: 6 720 000 Euro

VE 2026: 26 880 000 Euro
VE 2027: 26 880 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 500 000 Euro
2027: + 1 500 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Rücknahme Kürzungen und mehr für mehr Aufgaben der Stiftung Naturschutz“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 31 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 33

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz 2026: 5 185 000 Euro
Ansatz 2027: 5 300 000 Euro

VE 2026: 3 600 000 Euro
VE 2027: 2 255 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 28 000 Euro
2027: + 22 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Rücknahme Kürzung

b) Anpassung der Tabelle:

TA 15: NIRGENDWO als innerstädtisches Bildungs- und Erlebniszentrum, BUND Landesverband Berlin e.V.

2026: 110.000
2027: 109.800“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 33 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 35

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz **2026: 1 000 Euro**
Ansatz **2027: 1 000 Euro**

VE **2026: 0 Euro**
VE **2027: 500 000 Euro**

Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 300 000 Euro
2027: + 300 000 Euro

VE **2026: +/- 0**
VE **2027: +/- 0**

„a) anteilige Rücknahme Kürzung“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 35 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89482 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 36

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz **2026: 897 000 Euro**
Ansatz **2027: 397 000 Euro**

VE 2026: 397 000 Euro
VE 2027: 897 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0
2027: 500 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Rücknahme Kürzung

b) Anpassung der Tabelle:
TA 1: Förderprogramm GründachPLUS
2026: 850.000
2027: 850.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 02 – Maßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsstrategie –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 42 - Ökokonto
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2512](#)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) gibt an, seine Fraktion wünsche sich einen Folgebericht mit konkreteren Aussagen zu den Zielstellungen und geplanten Maßnahmen: Wie viele Ausgleichspunkte seien erforderlich? Könne ein Ökoausgleich auf bislang schon ökologischen Flächen stattfinden, und sei dies überhaupt rechtlich zulässig? – Zudem werde der Senat um eine Einschätzung darüber gebeten, wo genau der Ausgleich stattfinden solle. Man müsse sich darum bemühen, dass dies in Berlin sei, da Berlin sonst auf eine Entwicklung zusteure, in der ein faktischer Ökoverlust stattfinde. Es stelle sich die Frage, ob es tatsächlich die Tendenz im Senat sei, dass die Ausgleichsmaßnahmen in Zukunft verstärkt in Brandenburg stattfinden sollten, da auch die Stellungnahmen der SenStadt nahelegten, dass an einer Strategie zum länderübergreifenden Ausgleich gearbeitet werde. Hierüber müsse eine Debatte stattfinden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, die Senatsverwaltungen werde ihre Ausführungen gern in einem Bericht im ersten Halbjahr 2026 konkretisieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 42 der Vorlage rote Nr. 2512 werde damit zur Kenntnis genommen.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 30

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz **2026:** 51 845 000 Euro
Ansatz **2027:** 52 358 000 Euro

VE **2026:** 52 358 000 Euro
davon fällig **2027:** 52 538 000 Euro
VE **2027:** 52 358 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 1 577 000 Euro
2027: - 2 191 000 Euro

VE **2026:** - 2 191 000 Euro
davon fällig **2027:** - 2 191 000 Euro
VE **2027:** +/- 0

„a) Rücknahme Aufwuchs“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 30 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68614 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 29

[2400 BM](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 29 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 30 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 30 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 34

Ansatz 2026: 16 047 000 Euro
Ansatz 2027: 15 874 000 Euro

VE 2026: 8 874 000 Euro
davon fällig **2027: 5 874 000 Euro**
davon fällig **2028: 3 000 000 Euro**
VE 2027: 22 801 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 5 000 000 Euro
2027: - 5 000 000 Euro

VE 2026: - 1 500 000 Euro
davon fällig **2027: - 1 500 000 Euro**
davon fällig **2028: +/- 0**
VE 2027: +/- 0

„a) Gegenfinanzierung“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 34 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 43 - Ökowerk
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde zu diesem Bericht Fragen einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 43 der Vorlage rote Nr. 2512 könne hiermit zur Kenntnis genommen werden.

Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integratives Verkehrsmanagement –

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 31

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 31 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 37

Ansatz 2026: 1 910 000 Euro
Ansatz 2027: 1 910 000 Euro

VE 2026: 900 000 Euro
VE 2027: 900 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 2 200 000 Euro

2027: + 2 200 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Aufwuchs ÖPNV-Beschleunigung, neuer Teilansatz zur Baustellenkoordination

b) Anpassung der Tabelle:

TA 1: Entwicklung und Änderung von Regelungsprogrammen der Lichtsignalanlagen (LSA); Entwicklung von Ableitplänen für Störfälle, besonders hohes Verkehrsaufkommen sowie Spur- und Tunnelsperrungen und Integration in die Verkehrsregelungszentrale; Umprogrammierungen auf Grund notwendiger Softwareanpassungen für ÖPNV-Beschleunigung gemäß §34 Absatz 2 Mobilitätsgesetz; Dienstleistungen für Anpassungen an der LSA-Infrastruktur und Anordnungen

2026: 800.000

2027: 800.000

TA 9 (neu): „Baustellenkoordination“

2026: 2.000.000

2027: 2.000.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 37 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54022 – Leistungen für Lichtsignalanlagen –

in Verbindung mit

Titel 72017 – Neu- und Umbau von Lichtsignalanlagen zur ÖPNV-Beschleunigung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07**

hier: Bericht Nr. 44 - Lichtsignalanlagen

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2512](#)

Haupt

Oda Hassepaß (GRÜNE) weist darauf hin, dass aus dem Bericht hervorgehe, dass bei der Anpassung von Ampelschaltungen für mehr Verkehrssicherheit mit einer deutliche Verringerung der umsetzbaren Vorhaben zu rechnen sei, sowohl in der Anzahl als auch im Umfang. Es sei aber bekannt, dass es an Hunderten Unfallschwerpunkten und Unfallschwerpunktkreuzungen Gefahrenstellen gebe Die Anpassung von Ampeln sei daher dringend notwendig. Wie wolle der Senat dem Anspruch gerecht werden, dass Schulwegsicherheit für ihn höchste Priorität habe?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bestätigt, dass die Schulwegsicherheit für den Senat höchste Priorität habe. Natürlich seien Ampelmaßnahmen und Lichtsignalanlagen eine Möglichkeit; es gebe aber noch viele andere Möglichkeiten, die in der Zuständigkeit von SenMVKU und in der Zuständigkeit der Bezirke lägen. Alle Maßnahmen, die sich für Schulwegsicherheit ergäben, würden gemeinsam mit den Bezirken ergriffen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) fragt nach, welche Maßnahmen in diesem Titel mit eingepreist seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass Maßnahmen angeordnet und gemeinsam mit den Bezirken umgesetzt würden. Die Verantwortung von SenMVKU erstreckte sich dabei auf die Hauptstraßen; in den Nebenstraßen seien die Bezirke zuständig. Jüngst seien beispielsweise in der Flatowallee Maßnahmen erörtert worden, die nun in die Umsetzung gingen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) wiederholt die Frage, in welchem Titel die Aufwüchse für die hier gemeinten Maßnahmen von SenMVKU zu finden seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass Anordnungen auch Umsetzungen seien. Anordnungen bräuchten zwar zunächst kein Geld, dienten jedoch genauso der Schulwegsicherheit. SenMVKU sei zudem dabei, gemeinsam mit der Schulverwaltung einen Leitfaden zu erstellen, auf den die Bezirke zurückgreifen könnten. Es solle zudem ein Tool etabliert werden, das dazu dienen solle, die Schulwegsicherheit zu erhöhen.

Steffen Zillich (LINKE) wiederholt, dass in dem Bericht geschrieben werde, dass mit einer Verringerung der umsetzbaren Vorhaben – sowohl in der Anzahl als auch im Umfang – zu rechnen sei. Könne daraus geschlussfolgert werden, dass der Senat einen geringeren Bedarf an Maßnahmen aus diesem Titel und damit beim Thema Schulwegsicherheit sehe?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) gibt an, dass es ein Maßnahmenbündel gebe, das zur Schulwegsicherheit beitrage, unter anderem durch Lichtsignalanlagen. Das Bündel sei so groß, dass man der Prioritätensetzung bei der Schulwegsicherheit entsprechend nachkomme.

Steffen Zillich (LINKE) unterstreicht, dass die Veranschlagung jedoch anzeige, dass für Maßnahmen der Schulwegsicherheit aus diesem Titel ein geringerer Bedarf gesehen werde.

Oda Hassepaß (GRÜNE) weist darauf hin, dass auch die Bevorrechtigung des ÖPNV mit den Lichtsignalanlagen zusammenhänge: BVG und Senat verzichteten auf die Installation neuer Ampelanlagen und verhinderten damit auch die Bevorrechtigung, obwohl bekannt sei, dass es sich hierbei um ein großes Problem handele.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) verweist auf das Budget. Wenn es Maßnahmen gebe, die kostengünstiger seien, aber die gleiche Wirkung erzielten, dann würden diese Maßnahmen ergriffen.

Steffen Zillich (LINKE) erwidert, dass das Budget bekannt sei. Es könne auch sein, dass es günstigere Maßnahmen gebe. Wenn der Senat jedoch angebe, alles Nötige zu tun, und dann in diesem Titel weniger Geld für Anzahl und Umfang der Maßnahmen bereitstelle, könne das

zwar fachlich gerechtfertigt sein, führe aber denklösig zu dem Schluss, dass jedenfalls für Maßnahmen aus diesem Titel ein geringerer Bedarf angenommen werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) gibt an, dass die Senatsverwaltung das gesamte Maßnahmenbündel sehe und dann diejenige Maßnahme ergreife, die sowohl zielführend als auch preiswert sei. Dies bedeute nicht, dass der Senat der Ansicht sei, dass für diesen Titel weniger Planungsmittel benötigt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 44 der Sammelvorlage rote Nr. 2512 könne damit zur Kenntnis genommen werden.

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 32

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 32 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Titel 52101 – Unterhaltung des Straßenlands –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BN](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 38

Ansatz **2026: 1 000 Euro**
Ansatz **2027: 1 000 Euro**

VE **2026: 0 Euro**
VE **2027: 0 Euro**

Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0
2027: + 5 000 000 Euro

VE 2026: + 5 000 000 Euro
davon fällig **2027: + 5 000 000 Euro**
VE 2027: +/- 0

„a) Erweiterung Titelerläuterung, Aufwuchs für mehr Maßnahmen

b) Anpassung der Titelerläuterung:

1) Satz 1 der Titelerläuterung wird wie folgt neu gefasst: „Die Mittel sind zur Steigerung der Attraktivität und Nutzbarkeit bestehender Park-and-Ride-Anlagen in Berlin sowie zur Sanierung von Straßen und Gehwegen im Nebennetz vorgesehen.

2) Nach Absatz 2 wird folgender neuer Satz ergänzt: „Für mehr Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit werden Mittel zur Sanierung von Gehwegen und Straßenland zur Verfügung gestellt.“

3) Der vorletzte Satz wird wie folgt neu gefasst: „Die Zuständigkeit für die Planung, den Bau und Betrieb von P+R-Anlagen sowie die Sanierung von Gehwegen und Straßenland im Nebennetz liegt bei den Bezirken.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 38 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07

hier: Nr. 39

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz 2026: 1 000 Euro

Ansatz 2027: 1 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 500 000 Euro

2027: + 500 000 Euro

„a) Rücknahme Kürzung

b) Vor der bisherigen Titelerläuterung wird zusätzlich folgender Satz eingefügt: „Die Mittel werden für die Sperrmüllentsorgung durch Kieztage bereitgestellt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 39 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 40

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz 2026: 1 200 000 Euro
Ansatz 2027: 1 800 000 Euro

VE 2026: 1 600 000 Euro
VE 2027: 800 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 40 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 900 000 Euro
2027: + 900 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Fortführung einer Maßnahme des Sicherheitsgipfels, geringerer Bedarf bei den anderen Sachverhalten

b) Anpassung der Erläuterung: Vor dem letzten Satz wird folgender Satz eingefügt:
„Für den personenbesetzten Betrieb der in den öffentlichen Anlagen am Leopoldplatz und am Görlitzer Park errichteten Toilettenanlagen stehen jeweils 1.000.000 € in beiden Haushaltsjahren zur Verfügung.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 40 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zu.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob das Geld nur für Toiletten oder auch noch für andere Dinge vorgesehen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass hierzu keine Wortmeldung vorliege.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 41

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz 2026: 1 650 000 Euro
Ansatz 2027: 1 650 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 41 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 650 000 Euro
2027: + 1 650 000 Euro

„a) Rücknahme Kürzungen“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 41 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81279 - Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 42

[2400 BN](#)
Haupt

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 42 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 100 000 Euro
2027: + 100 000 Euro

„a) mehr für Erhalt der Maßnahmen

b) Die Titelerläuterung wird wie folgt gefasst:

„Mittel zur Anschaffung von Dialog-Displays im Straßenland zur Verbesserung der Schulwegsicherheit in den Bezirken. Die Dialog-Displays werden den Bezirken zur Verfügung gestellt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 42 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BN der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 97110 – Verstärkungsmittel –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 45 - Parkläufer
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob es schon ein Produktblatt und eine Produktnummer gebe. Diese seien für die Bezirkshaushalte notwendig.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass sie hierauf aktuell keine Antwort geben könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Information werde nachgeliefert. – Der Bericht Nr. 45 der Sammelvorlage – rote Nr. 2512 – werde zur Kenntnis genommen.

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 33

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 33 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BM der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 14.11.2025 [2512](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht Nr. 46 - Siemensbahn und Potsdamer
Stammbahn
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, zu diesem Bericht Nr. 46 der Sammelvorlage – rote Nr. 2512 – lägen keine Fragen und Wortmeldungen vor. Er werde damit zur Kenntnis genommen.

[Unterbrechung der Sitzung von 16.31 bis 16.56 Uhr]

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses StadtWohn vom 13.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027** [2400 AE](#)
Haupt
- b) **Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12** [2400 BL](#)
Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- c) **Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12** [2400 BO](#)
Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) **Bericht SenStadt – Z GM – vom 23.10.2025 An- und Abmietungen** [2442 H](#)
hier: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, zu diesem Bericht – rote Nr. 2442 H – lägen keine Fragen und Wortmeldungen vor. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

- b) **Bericht SenStadt – Z F 2 – vom 23.10.2025 Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf 2026/2027** [2455 G](#)
hier: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob der Senat eine Sondersitzung vor der regulären Sitzung am kommenden Dienstag – 2. Dezember 2025 – plane. Der Finanzsenator habe angegeben, er habe hiervon keine Kenntnis.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, ihm sei keine Sondersitzung des Senats bekannt. Zu welchem Thema solle eine solche Sitzung stattfinden?

Steffen Zillich (LINKE) antwortet, der Senat müsse noch Entscheidungen zum Thema der Gaskonzessionen treffen. Die Frist laufe ab.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) erwidert, er empfehle, bei den Verantwortlichen des Einzelplans 13 nachzufragen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen zu diesem Bericht – rote Nr. 2455 G – vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

- c) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 37 - Dekarbonisierungsinvestitionen der
landeseigenen Wohnungsbauunternehmen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, dass eine Debatte darüber geführt worden sei, welche Investitionen im Zusammenhang mit der Wärmewende von wem getätigt werden müssten und von welchen Faktoren sie abhingen. Es gebe hier einen Abstimmungsbedarf unterschiedlicher Landesunternehmen, welche Dekarbonisierungsinvestitionen die landeseigenen Unternehmen in den an die Fernwärme angeschlossenen Beständen planen müssten. Die Senatsverwaltung gebe nun an, keine konkreten Angaben machen zu können, da man von der kommunalen Wärmeplanung abhängig sei. Die Anschlüsse beständen jedoch bereits. Zudem habe der Senat mit dem Klimapakt die Investitionen in die CO₂-Reduzierung und den klimagerechten Umbau bei den Landesunternehmen abgefragt: Es sei eruiert worden, wie die Planungen aussähen und welche Aufwände betrieben würden. Wenn jetzt gesagt werde, dass man es noch nicht sagen könne, bedeute dies, dass in den an die Fernwärme angeschlossenen Beständen keine weiteren Investitionen geplant seien, da diese sonst in den Planungen abgebildet sein müssten. Dies sei bemerkenswert; es stelle sich in der Folge die Frage, wie unter diesen Umständen der Dekarbonisierungsfahrplan für das Thema Fernwärme und die Ausweitungsfahrpläne bei der Berliner Energie und Wärme – BEW – umgesetzt würden. Er bitte um Erläuterung, weshalb die Unternehmen keine Planungen für Klimainvestitionen in den an Fernwärme angeschlossenen Beständen vorgelegt hätten.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) verweist in dieser Frage auf die Sitzungen des Unterausschusses Betriebsmanagement und Controlling: Hier werde das Thema mit den landeseigenen Unternehmen vertieft erörtert. Die Frage, wo die einzelnen Unternehmen in ihren Planungen ständen, sei bei den Gesellschaften sehr unterschiedlich zu beantworten; zudem seien die Bemühungen der BEW netzseitig von den Anforderungen bei den Hausanschlüssen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Pauschal könne gesagt werden, dass die landeseigenen Gesellschaften im Rahmen ihres Klimapfads durchaus Planungen gemacht hätten, die jedoch noch nicht genau beziffert werden könnten. Die Gesellschaften seien darauf eingestellt, die Maßnahmen aus ihren Mitteln erwirtschaften und finanzieren zu können; lediglich die Gewobag habe um Unterstützung gebeten. Dies hänge auch damit zusammen, dass die Gesellschaften in ihrer Bilanzierung unterschiedliche Vorteile bei der einen oder anderen Finanzierung sähen und sich unterschiedlich aufgestellt hätten. Es könne nun nicht im Detail für jede einzelne Gesellschaft gesagt werden, was für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes unternommen werde.

Steffen Zillich (LINKE) greift die Aussage auf, die Unternehmen wollten die Maßnahmen aus eigenen Mitteln finanzieren: Um dies sagen zu können, müssten die Planungen bekannt sein. Der Senat müsse einen Überblick über die Planungen aller Unternehmen haben. Er habe einen Klimapakt vorgelegt: Inwieweit seien dabei die Investitionsplanungen der Unternehmen und die Schnittstellen verschiedener Unternehmen betrachtet worden? – In der Antwort stehe, dass zu den Planungen nichts gesagt werden könne. Entweder gebe es also wirklich keine Planungen und dementsprechend könne auch nichts über sie berichtet werden, oder es müsse andere Gründe geben, weshalb über existierende Planungen nichts ausgeführt werden könne. Es sei merkwürdig, dass der Senat hier keinen Überblick habe beziehungsweise angebe, man könne gar keinen Überblick haben. Es werde hier ein Defizit in der Herangehensweise an das Thema des Klimafahrplans deutlich, sowohl seitens des Senats als auch eventuell seitens der Wohnungsbaugesellschaften. Übernehme der Senat die Prämisse der Unternehmen, dass in den an Fernwärme angeschlossenen Beständen im Rahmen des Klimapakts zunächst keine Investitionen geplant seien? Seien Unternehmensinvestitionen und -strategien tatsächlich im Klimapakt angelegt? – Die unterschiedliche Ausgangssituation der Unternehmen sei nachvollziehbar, die Frage sei jedoch, was investitionsseitig bei den Unternehmen geschehe.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) hält fest, er habe nicht gesagt, dass es zu diesem Thema keine Informationen gebe. Lediglich konkrete Informationen könnten nicht abgegeben werden. Der Klimapakt sei auch kein Detailpapier, sondern eine Zusammenfassung. Dem Unterausschuss Betriebsmanagement und Controlling lägen konkretere Maßnahmenpakete, Wirtschaftspläne und Zielsetzungen der Gesellschaften vor. Zu berücksichtigen sei aber auch, dass durch Faktoren wie die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie EPBD derzeit noch einige Unsicherheiten beständen, die vor exakten Investitionsplanungen geklärt werden müssten. Einen groben Gesamtüberblick hätten die Unternehmen vorgelegt, es sei jedoch schwierig, für ein isoliertes Segment konkrete und verlässliche Zahlen aufzuliefern. Der Senat strebe an, so zügig wie möglich einen Gesamtüberblick vorzulegen, bei Bedarf auch mit einem Blick auf die Bestände, die schon an die Fernwärme angeschlossen seien. Hierzu müsse jedoch auch abgewartet werden, welche Kosten die BEW auf die Unternehmen umlegen wolle und welche Kosten hiervon auf die Mieter umgelegt werden sollten. Derzeit könnten nur schätzungsweise die Gesamtinvestitionen vorgelegt werden.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob diese Hindernisse für die Vorlage konkreter Informationen, die sich bei der Wärmeplanung und durch die Umsetzung der EU-Richtlinie zeigten, auch für die nicht an Fernwärme angeschlossenen Bestände und die dortigen Investitionsstrategien gälten.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) betont, dass die Hindernisse hier sogar noch verstärkt wirkten, da noch gar nicht klar sei, mit welcher Wärme diese Bestände in Zukunft versorgt werden könnten. Es stelle sich die Frage, ob die BEW diese Bestände in Zukunft versorgen könne oder ob dort mit Wärmepumpen oder Geothermiequellen gearbeitet werden könne. Auch hierfür seien unter Umständen Investitionen in neue Geräte und Technik notwendig. Es würden momentan auch Alternativen wie etwa die Wärmegewinnung aus dem Abwasser der Berliner Wasserbetriebe und Ähnliches geprüft. Aus diesem Grund gebe es momentan eher überschlägige Kalkulationen, die nicht im Detail für isolierte Segmente darstellbar seien.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, dass man insofern doch aber sagen müsse, dass konkrete Informationen über die Investitionsstrategien der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die im Klimapakt hinterlegt seien, nicht vorliegen könnten.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) erwidert, die Unternehmen hätten eine Gesamtabschätzung vorgenommen. Das, was kalkulierbar sei, sei einbezogen worden; für andere Faktoren seien Zahlen angenommen worden, die aber nicht so konkretisiert seien, dass sie nun für jedes einzelne Segment passgenau ausgeworfen werden könnten. Eine Planung, die im Laufe von 20 Jahren bis zum Jahr 2045 eine Klimaneutralität herstellen solle, brauche auch eine gewisse Flexibilität in der Kalkulation, um auf technische Fortschritte, geänderte Rahmenbedingungen und Ähnliches reagieren zu können.

Steffen Zillich (LINKE) gibt an, er sei nicht sicher, ob der Senator das Problem erkannt habe. Das Problem sei, dass es für das Beschreiben einer vernünftigen Dekarbonisierungsstrategie für das Land Berlin notwendig sei, sich die Dekarbonisierungsstrategien der Unternehmen anzuschauen; diese müssten koordiniert und gesteuert werden. Die Strategien der Landesunternehmen hätten Schnittstellen, an denen unterschiedliche Interessen aufeinanderträfen. Mit diesen unterschiedlichen Interessen müsse man umgehen. Eine solche Koordinierung und Steuerung finde offensichtlich – noch – nicht statt. Die zur Verfügung stehenden Instrumente wie der Klimapakt, auf den in diesem Zusammenhang oft verwiesen worden sei, würden ganz offensichtlich nicht genutzt. Über das passende Instrument könne diskutiert werden; wichtig sei jedoch festzustellen, dass es einen Prozess brauche, mit dem man die unterschiedlichen Investitionsstrategien der Unternehmen, die natürlich von vielen Faktoren und Umständen abhingen, seitens des Gesellschafters und der Fachverantwortlichen steuern und koordinieren könne. Dieser Punkt, an dem Schnittstellen genau ausgemacht werden könnten, sei offenbar noch nicht erreicht. Es bleibe jedoch die Notwendigkeit, einen Prozess zu entwickeln und ein Landesinteresse zu formulieren. Dies geschehe nicht automatisch. – Sollte der Senat bereits abschätzen können, wann zu diesem Thema ein Folgebericht sinnvoll sein könne, wäre er dankbar.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) stellt fest, dass dieses Thema sicher den Unternehmen für deren nächste Termine im Unterausschuss mit auf den Weg gegeben werden könne: Man könne die Unternehmen darum bitten, konkret auszuführen, wie sie mit ihrem Bestand umgingen und die Dekarbonisierung mit Blick auf Fernwärmenetze begleiteten. Eine übergreifende Planung mache SenStadt jedoch nicht allein. Es gebe ein übergeordnetes Interesse an Planung und Koordination; der Klimapakt sei ein erster Schritt in diese Richtung. Die Einschätzung des Abgeordneten Zillich, dass diese Koordination schrittweise zu untersetzen sei, teile er und nehme das Thema gern mit, um es mit den Kollegen von SenWiEnBe und SenFin zu besprechen. – Ein Folgebericht könne am Termin für die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie EPBD festgemacht werden. Die Bundesregierung arbeite hier noch an Konkretisierungen und Ausnahmeregelungen.

Steffen Zillich (LINKE) gibt an, mit Blick auf gewisse Diskontinuitäten bitte er um einen Zwischenbericht zu Ende Mai 2026.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 37 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 1 - Baumaßnahmen mit Gesamtkosten
ab 100 Mio. Euro
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) gibt an, seine Fraktion bitte um einen Folgebericht zum 30. Juni 2026.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 1 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

- b) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 2 - Planung von Flächen für Büro- und
Arbeitsräume
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 2 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel –

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 3 - Bauvorbereitungsmittel
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 3 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 11

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz 2026: 19 000 000 Euro
Ansatz 2027: 19 000 000 Euro

VE 2026: 18 000 000 Euro
VE 2027: 19 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0
2027: +/- 0

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Bauvorbereitungsmittel für die Errichtung eines Denkmals für Gast- und Vertragsarbeitende

b) Einfügung der Erläuterung: Ergänzung der Aufzählung „(...) Grundsanierung des Instituts für Chemie, 3. Bauabschnitt, Errichtung eines Denkmals für Gast- und Vertragsarbeitende sowie für Maßnahmen der Polizei Berlin (...)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 05 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport –

Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, 1. Bauabschnitt –

in Verbindung mit

Titel 70143 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, 2. Bauabschnitt –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 4 - Feuerwehrezufahrt Max-Schme-
ling-Halle
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2509](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, seine Fraktion wolle zum Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau – gegebenenfalls weitere Fragen einreichen. – Die Feuerwehrezufahrt sei geplant worden, und der Bericht gebe an, dass die Planungen gegebenenfalls zu Mehrkosten führen könnten. Er bitte den Senat, Näheres auszuführen: Das Thema sei in den Bauplanungsunterlagen nicht vorgesehen, es liege also in gewisser Weise eine Änderung des Bedarfsprogramms vor. Insofern stelle sich die Frage, ob dieses Thema noch einmal diskutiert werden müssen; zweitens müssten bereits Leistungen ausgeschrieben sein, weswegen der Senat mehr zu den Mehrkosten sagen können müsste.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, die Planungen für die Feuerwehrezufahrt seien in der Bauplanungsunterlage – BPU – bereits enthalten gewesen. Es gehe hier nur um die Verstärkung wegen Belastungen oder Ähnlichem.

Dr. Jan Herres (SenStadt) präzisiert, dass sich die Dimensionierung und die Belastungsanforderungen in der Planungskonkretisierung durch die Abstimmung mit der Feuerwehr noch einmal geändert hätten: Es werde ein größerer Unterbau der Straßentrasse erforderlich, der zu Mehrkosten führe.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob in der BPU des ersten Bauabschnitts die Feuerwehrezufahrt tatsächlich Gegenstand gewesen sei.

Dr. Jan Herres (SenStadt) bejaht dies: Das Thema sei Bestandteil der BPU des ersten Bauabschnitts gewesen und habe sich in der fortschreitenden Planung konkretisiert. Die Mehrkosten ergäben sich durch eine Änderung der Asphaltklasse und Ähnliches.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob im Nachgang eventuell eine Größenordnung der Mehrkosten angegeben werden könne. Da Leistungen ausgeschrieben werden müssten, müsse dies eigentlich in der Betrachtung sein.

Dr. Jan Herres (SenStadt) gibt an, dass zum jetzigen Stand mit Mehrkosten in Höhe von etwa 1 Million Euro gerechnet würden. Die Straßenbaumaßnahmen machten davon circa 800 000 Euro aus; ungefähr 280 000 Euro würden für Versorgungsleitungen benötigt, die im Zuge des Unterbaus verlegt würden müssten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 4 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Maßnahmengruppe 08 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 5 - Synagoge Fraenkelufer
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 5 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Maßnahmengruppe 09 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 38 - LHSEP und Hochschulbau-
gesellschaft
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, dass es sich um einen Verweis auf einen Bericht handele, der eine Fristverlängerung beinhalte. Diese Fristverlängerung sei auf Ende November gelegt. Der gesonderte Bericht von SenWGP müsse also auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen gesetzt werden.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, er könne wenig zur Landeshochschulstandortentwicklungsplanung sagen; dieses Thema liege in der Verantwortung der SenWGP. Ihm lägen keine Informationen vor.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, der Bericht Nr. 38 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne zur Kenntnis genommen werden.

**Titel 70415 – HU, Grundinstandsetzung des Hauptgebäudes am Standort
Unter den Linden 6, 1. Bauabschnitt –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

[2509](#)

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 6 - HU, Grundinstandsetzung des
Hauptgebäudes**

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, seine Fraktion wolle zu diesem Titel schriftliche Fragen einreichen. – Der Bericht rechne mit einer Fertigstellung des 1. Bauabschnitts zum Ende des dritten Quartals 2026. Damit habe sich die Maßnahme – zumindest im Vergleich mit einem Bericht im Wissenschaftsausschuss, der ihren Abschluss für das Ende des vierten Quartals 2025 anvisiert habe – während der Haushaltsberatungen um neun Monate verzögert. Gebe es Informationen darüber, welche verzögernden Sachverhalte in dieser Zeit eingetreten seien?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, ihm lägen Informationen aus der Synopse des Wissenschaftsausschusses vor. Hier sei angegeben, die Sanierung des Ostflügels solle im Jahr 2026 abgeschlossen werden. Die Angabe zum vierten Quartal 2025 könne er nicht finden.

Steffen Zillich (LINKE) erwidert, die Mitarbeitenden seiner Fraktion verwiesen hier auf den Bericht 85 zum Doppelhaushalt 2026/2027 des Wissenschaftsausschusses. In diesem Bericht werde das Fertigstellungsdatum des Ostflügels des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität für das vierte Quartal 2025 angenommen.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) antwortet, ihm liege der Bericht 136 vor, in dem das Jahr 2026 aufgeführt sei. Die Frage könne im Nachgang geklärt werden.

Steffen Zillich (LINKE) wiederholt, noch schriftliche Fragen einreichen zu wollen. In diesem Zusammenhang könne die Frage aufgegriffen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, der Bericht Nr. 6 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Titel 70702 – BHT, Umbau des Flughafenterminals A für den Campus Tegel –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

[2509](#)

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 7 - BHT, Umbau des
Flughafenterminals A für den Campus Tegel**

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) verweist auf die Information, der genaue Fertigstellungszeitpunkt hänge von der Folge der Mittelbereitstellung ab dem Jahr 2028 sowie von weiteren Planungen ab. Da der Baubeginn für das erste Halbjahr 2026 geplant sei, bitte er um einen Folgebericht über den aktuellen Stand der Planungen und Baumaßnahmen zum 30. Juni 2026, inklusive einer Angabe zu den Jahresscheiben und dem dann bestehenden Planungsstand der benötigten Finanzierungsmittel ab 2028.

Steffen Zillich (LINKE) gibt an, ihm sei ein Widerspruch aufgefallen: Zum einen werde angegeben, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. November 2024 vorlägen. In den Meilensteinen sei jedoch festgehalten, dass die Genehmigung der Bauplanungsunterlagen für Juni 2025 erwartet werde. Gebe es ein Missverständnis zu den Verfahrensabläufen? Sei dieser Meilenstein der Genehmigung der BPU erreicht worden, soweit sie nicht schon im November 2024 vorgelegen habe?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) antwortet, es gebe eventuell eine missverständliche Formulierung: Es handele sich zum einen um das Aufstellungsdatum und zum anderen das Genehmigungsbestätigungsdatum.

Steffen Zillich (LINKE) wiederholt die Frage, ob die Genehmigung im Juni 2025 erfolgt sei.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) bejaht dies.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichts Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest. – Weitere Fragen oder Wortmeldungen lägen nicht vor. Der Bericht Nr. 7 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Titel 70183 – Errichtung eines Denkmals für Gast- und Vertragsarbeitende –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 12

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz **2026:** -

Ansatz **2027:** -

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 250 000 Euro

2027: + 250 000 Euro

„a) Mehr für die Errichtung eines Denkmals für Gast- und Vertragsarbeitende

c) Der Wegfallvermerk wird gestrichen. Die Ausgaben sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Maßnahmengruppe 12 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –**

**Titel 71404 – BHT, TXL, Vorgezogene Maßnahmen (Rückbau und
Schadstoffbeseitigung) –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 8 - BHT, TXL, Vorgezogene
Maßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 8 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mitberaten wird (übergreifend):

a) Bericht SenStadt – WBL 14 – vom 07.11.2025 [2494](#)
Beschleunigung der Planungs- und Haupt
Genehmigungsverfahren für den Wohnungsneubau
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht – rote Nr. 2494 – keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

b) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 9 - Mieter/-innenberatung,
Verfolgung von Mietwucher
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) weist darauf hin, dass der Senat in dem Bericht ankündige, ein IT-Fachverfahren zur Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen zur Verfügung stellen zu wollen. Sei dies schon erfolgt? – Sollte die Bereitstellung in der Zukunft erfolgen, interessiere ihn, wann damit zu rechnen sei. – Zweitens frage er, ob es zu der gemeinsamen Arbeitsgruppe zu Mietpreisüberhöhungen bereits eine Übersicht der bisher erzielten Ergebnisse gebe.

Steffen Zillich (LINKE) fragt zur im Bericht genannten Mietpreisprüfstelle, inwieweit die Bezirke profitieren könnten: Gebe es eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Prüfungserfahrungen und einen Austausch über das Einleiten von Verfahren?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, dass das IT-Fachverfahren bereits seit einem Jahr zur Verfügung gestellt sei. – Mit Blick auf die Mietpreisprüfstelle sei die Senatsverwaltung eng mit den Bezirken in der Abstimmung. Diejenige Person, die eine Prüfung veranlasse, müsse der Datenübermittlung an den Bezirk zustimmen. Es werde auf Wunsch zunächst eine Bescheinigung ausgestellt, die beim Vermieter vorgelegt werden könne; soweit die Mietpreisprüfstelle die Zustimmung bekomme, würden die Informationen an die Bezirke weitergeleitet.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, dass es also ein regelhaftes Verfahren für den Fall gebe, dass sich im Beratungsgespräch ein Verdacht konkretisiere: Nach Zustimmung würden die Informationen dann an die Bezirke weitergegeben. Gebe es auch ein Monitoring des weiteren Verlaufs? Werde also verfolgt, was aus den Hinweisen werde, die von der Prüfstelle an die Bezirke gingen?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) weist darauf hin, dass die Prüfstelle noch nicht lange arbeite. Insofern gebe es noch kein Monitoring. Grundsätzlich sei davon auszugehen, dass die Bezirke konkrete Hinweise verfolgten. Selbstverständlich sei man mit den Bezirken und den Stadträten in der Kommunikation, auch wenn nicht jedem Fall nachgegangen werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, weitere Fragen oder Wortmeldungen lägen nicht vor. Der Bericht Nr. 9 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Titel 72004 – Umgestaltung von Stadtplätzen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 17

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz 2026: 2 600 000 Euro
Ansatz 2027: 1 600 000 Euro

VE 2026: 1 900 000 Euro
VE 2027: 1 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 2 000 000 Euro
2027: + 2 000 000 Euro

VE 2026: +/- 0

VE 2027: +/- 0

„a) Mehr für mehr Maßnahmen

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Ausgaben dienen der städtebaulichen, klimagerechten und klimaresilienten Qualifizierung von bestehenden Stadtplätzen und bislang städtebaulich unterausgenutzten Verkehrs- und Freiflächen. Der Schwerpunkt der Projekte soll dabei insbesondere die Aspekte Steigerung der Aufenthaltsqualität und des Erholungswerts, stärkere Entsiegelung, effektive Verschattung und dezentrale Regenwasserbewirtschaftung im Sinne der Schwammstadt umfassen. In der Auswahl, welche Flächen umgestaltet werden, wird Bezug genommen auf das Kriterium der Umweltgerechtigkeit. Im Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas ausgewiesene Areale mit sog. Mehrfachbelastungen werden bei der Auswahl priorisiert.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 17 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Stadtplanung –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

[2509](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 10 - Konzept Europacity, Haltepunkt

Perleberger Brücke und Straßenbahnstrecken

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) bemerkt, dass der Berichtsantrag vor allem von der SenMVKU beantwortet worden sei. Er werde die Fragen deshalb schriftlich einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) weist darauf hin, dass Frau Jachtner anwesend sei und die Verkehrsabteilung vertrete.

André Schulze (GRÜNE) greift die Information auf, dass sich am Haltepunkt Perleberger Brücke auf eine Minimalvariante konzentriert und keine Verbindung zwischen der Europacity und Moabit Ost hergestellt werden solle. Solle ein Zugang zum Haltepunkt also nur noch vonseiten der Europacity erfolgen? – Aus der Antwort zu den Straßenbahnstrecken habe er keine Erkenntnis gewinnen können. Die Frage sei gewesen, ob die drei Straßenbahnstrecken, die im Zusammenhang mit der Erschließung von Stadtquartieren genannt worden seien, noch verfolgt würden und ob im Jahr 2026 Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

Melanie Jachtner (SenMVKU) antwortet, dass die Deutsche Bahn im Moment die Minimalvariante verfolge und SenMVKU lediglich eine GVFG-Förderung beantragen könne. Der Plan beinhalte nur noch die Plattform zum Hochstieg auf die Bahn. Die von SenMVKU angestrebte Verästelung mit dem Stadtquartier sei in diesem Zusammenhang nicht mehr möglich. Inwieweit mit einer GVFG-Förderung gegebenenfalls eine etwas größere Version realisiert werden könne, müsse abgewartet werden, bis man im Projekt der Förderung sei. – Zur Frage nach den Straßenbahnen könne gesagt werden, dass man im Rahmen der Aufstellung des Nahverkehrsplans dabei sei zu schauen, was möglich sei. Die Ergebnisse würden im Bedarfsplan niedergelegt.

André Schulze (GRÜNE) gibt an, er beantrage in diesem Falle zum 30. Juni 2026 eine Übersicht zum Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr –, der zur Straßenbahnplanung relevant sei. In dieser Übersicht solle der Stand der verausgabten Mittel mit einer Aufteilung auf die Straßenbahnstrecken dargelegt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Weitere Fragen und Wortmeldungen gebe es nicht. Der Bericht Nr. 10 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – könne damit zur Kenntnis genommen werden.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BL der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD [Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 3

Ansatz 2026: 1 781 000 Euro
Ansatz 2027: 1 694 000 Euro

VE 2026: 810 000 Euro
VE 2027: 810 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 80 000 Euro
2027: + 50 000 Euro

VE 2026: +/- 0

VE 2027: +/- 0

„a) Mehr für Fortführung Runder Tisch Liegenschaftspolitik, hierfür neuer TA in Höhe von EUR 80.000 pro Haushaltsjahr sowie Reduzierung des Teilansatzes 1 im HJ 2027 um EUR 30.000

b) Anpassung der Tabelle:

Teilansatz 1 Arbeiten zu Einzelthemen der räumlichen Planung angesichts vielfältiger Krisen, von sozioökonomischem Wandel und Klimawandel, Wärme-/ Energie-wende, insb. zur Flächenvorsorge, effizienter Flächennutzung, Flächenaktivierung, Zentrenentwicklung, für das Monitoring Soziale Stadtentwicklung:

2026: 200.000 €

2027: 230.000 €

Neuer Teilansatz 15:

"Dienstleistungsaufträge zur Koordination des Runden Tisches Liegenschaftspolitik sowie zur Koordination des zivilgesellschaftlichen Beirates zum Steuerungsausschuss Konzeptverfahren“

2026: 80.000 €

2027: 80.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

[2509](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 11 - Emissionseinsparungen

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht Nr. 11 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 1

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz **2026: 1 000 Euro**
Ansatz **2027: 1 000 Euro**

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 1 000 Euro
2027: - 1 000 Euro

- „a) Die Prämien für besondere Leistungen werden einheitlich abgeschafft.
b) Erläuterungen anpassen
c) Sperrvermerk aufheben, Wegfallvermerk aufnehmen“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 12 - Beteiligung an Messen und
Ausstellungen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2509](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) fragt zu den Fachrunden im Museum in Cannes, ob es hierzu eine Form der Ergebnisdokumentation gebe.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) antwortet, dass es keine Ergebnisdokumentation gebe, ein Besuch vor Ort sei jedoch möglich. – Die Fachrunden fänden mit den Beteiligten vor Ort statt. Sie dienen in erster Linie dazu, Menschen vor Ort ins Gespräch zu bringen; aus Berliner Sicht solle das eine oder andere Thema platziert werden. Es handele sich jedoch nicht um wissenschaftliche Kolloquien, die eine Dokumentation erforderten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zum Bericht Nr. 12 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BL der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD [Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 2

Ansatz 2026: 7 980 000 Euro

Ansatz 2027: 7 840 000 Euro

VE 2026: 1 000 000 Euro

VE 2027: 1 000 000 Euro

davon fällig

2028: 700 000 Euro

2029: 100 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 200 000 Euro

2027: + 1 000 000 Euro

VE 2026: +/- 0

VE 2027: + 3 200 000 Euro

davon fällig

2028: 1 600 000 Euro

2029: 1 600 000 Euro

„a) Betriebskosten für die Testung und Anwendung einer am Markt verfügbaren, KI-gestützten Software zur Prüfung der Vollständigkeit elektronisch eingehender Wohngeldanträge. Dies ermöglicht eine deutliche Senkung der Bearbeitungszeit.

Ab 2027 sollen weitere Funktionalitäten ausgerollt werden, insbesondere zur Analyse gescannter Papieranträge und ihre Veraktung in einer E-Akte.
Ab dem Jahr 2028 ist vorgesehen, dass alle Bezirke den vollen Funktionsumfang haben und jährl. Betriebskosten von rd. 1,6 Mio. € anfallen.

b) Anpassung der Tabelle:

Abteilung IV - Wohnen und Stadterneuerung:
2026: 830.000 €
2027: 1.640.000 €

Ergänzung der Erläuterung des Blocks der Abt. IV auf Seite 32:
,Einsatz einer KI-gestützten Software zur Prüfung eingehender Wohngeldanträge.‘

Unter der Tabelle wird nach dem bisherigen Text der Abt. IV folgender Text hinzugefügt:

,Einführung und Betrieb einer am Markt verfügbaren KI-gestützten Software zur Prüfung der Vollständigkeit elektronisch eingehender Wohngeldanträge in 2026 (+200.000 €). Ab 2027 werden weitere Funktionalitäten ausgerollt, insbesondere zur Analyse gescannter Papieranträge und Veraktung in der Digitalen Akte Berlin (+1.000.000).‘‘

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

André Schulze (GRÜNE) merkt an, er finde das Anliegen des Änderungsantrags lobenswert und richtig. Er bitte zum 30. August 2026 um einen Bericht zum Fortgang der KI-Anwendung im Wohngeldbereich.

Vorsitzender Stephan Schmidt nimmt dies so auf.

Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Städtebau und Projekte –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 13 - Thematische Untersuchungen
und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an
Planungen**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2509](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) greift das beschriebene Spannungsverhältnis von Gestaltungsvorgaben und preiswertem Bauen in der historischen Mitte auf: Er bitte um Ausführungen zu der Frage, wie dieses Spannungsverhältnis für den Wohnungsbau in der historischen Mitte durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ausgestaltet werden solle.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) führt aus, man habe aus der Vergangenheit und hier beispielsweise aus dem Projekt in der Breiten Straße sowie der dortigen Preisentwicklung gelernt. Am Molkenmarkt habe man aufgrund der Erfahrungen von vornherein entschieden, dass zwar die besondere Bedeutung und Historie des Ortes nicht vergessen werden dürfe, das Bauen aber auch wirtschaftlich sein müsse, sodass bezahlbarer Wohnraum entstehen könne. Das Gestaltungshandbuch sei deshalb in die aktuelle Bebauungsleitlinie überführt worden. Es gebe beim Projekt am Molkenmarkt aufgrund der stadtentwicklungspolitisch bedeutenden Lage zwar besondere Qualitätsanforderungen, es werde aber gezielt auch darauf geachtet, Kriterien für Wirtschaftlichkeit und Qualität zusammenzubringen. Dieser Prozess sei in enger Abstimmung mit der WBM geschehen, die bestätigt habe, auch unter Berücksichtigung der besonderen städtebaulichen Ziele in der Lage zu sein, den Förderrichtlinien entsprechenden preiswerten Wohnraum zu schaffen. Man habe an diesem Modellfall also zeigen können, dass mit etwas höherem Arbeitsaufwand Gestaltungskriterien und Wirtschaftlichkeit zusammengebracht werden könnten.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, er bitte um nähere Ausführungen in einem Bericht: Das, was man anhand der öffentlichen Darstellung über die Senatsvorhaben für die Gestaltung der historischen Mitte habe verfolgen können, erschließe sich nicht.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) antwortet, man werde dem Berichtswunsch gern nachkommen. Er empfehle ferner einen Blick in das Wortprotokoll der Anhörung aus dem Stadtentwicklungsausschuss: In der Sitzung seien die Fragen und Herausforderungen – wie beispielsweise eine kleinteiligere Fassadengestaltung in Kombination mit wirtschaftlicher Erschließung – intensiv diskutiert worden. Die gefundenen Lösungen seien gut und könnten Vorbildcharakter für andere Projekte haben. – Hinzu komme auch, dass die WBM über einen Generalplaner weitere Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit untersuchen werde; das, was die Preisträger eingereicht haben, werde in einem VGV-Verfahren weiter behandelt. Erfahrungen zeigten, dass dabei noch einmal deutliche Preisreduzierungen möglich seien, wodurch man am Ende in dem Rahmen landen könne, in dem die WBM wirtschaftlich bezahlbares Wohnen anbieten könne. Das VGV-Verfahren laufe nun an und werde sicher drei oder vier Monate dauern; ein Folgebericht könne also etwa zu Ende März erfolgen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 13 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – werde damit zur Kenntnis genommen.

b) Bericht SenStadt – Z F 1 – vom 08.10.2025

Wirtschaftspläne 2026

- Tempelhof Projekt GmbH

- Tegel Projekt GmbH

- Projekt Tegel

gemäß Auflage A. 8 und B. 109 – Drucksache 19/1350

zum Haushalt 2024/25

[2044 E](#)

Haupt

- c) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 16 - Bilanzierung in den
Wirtschaftsplänen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025) Haupt

Steffen Zillich (LINKE) hält zum Bericht rote Nr. 2044 E fest, es erschließe sich ihm nicht, warum von der Tegel Projekt GmbH bei der Abforderung der Wirtschaftspläne lediglich eine Bilanz vorgelegt werde und keine Gewinn- und Verlustrechnung – GuV. Der Bericht lege nahe, dass es eine solche GuV gebe. – Die Tempelhof Projekt GmbH habe Personalkosten, was wenig überrasche. Das Teilvermögen Tempelhof habe jedoch auch Personalkosten, was schon eher überrasche: Er glaube nicht, dass es jemanden gebe, der bei diesem Teilvermögen Tempelhof des Landes Berlin angestellt sei. Er bitte also um einen Bericht, der aufklären solle, welche der Gesellschaften wofür verantwortlich sei, welche Kosten an welcher Stelle anfielen und wie sie jeweils in den Wirtschaftsplänen dargestellt würden. Zudem solle die Frage geklärt werden, warum einige Gesellschaften keine GuV vorlegten, obwohl es diese gebe.

Weiterhin werde darauf verwiesen, dass die Tegel Projekt GmbH eine Gewinnausschüttung an den Gesellschafter SenFin vornehme. Ihn interessiere, in welchem Titel diese vereinnahmt werde. – Für die übersichtliche Aufstellung der Investitionsvorhaben auf den Seiten 5 und 6 des Berichts Nr. 16 der Sammelvorlage wolle er danken und bitte darum, diese Tabelle um jeweils zwei Informationen zu ergänzen, nämlich um die Gesamtkosten und den Planungsstand. Liege eine BPU oder eine VPU, eine Schätzung oder ein Termin für einen Baubeginn vor, und was seien jeweils die nach derzeitigem Kenntnisstand prognostizierten Gesamtkosten der einzelnen Projekte?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, die Antworten könnten bestmöglich in einem schriftlichen Bericht erfolgen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Weitere Fragen und Wortmeldungen gebe es nicht. Der Bericht rote Nr. 2044 E sowie der Bericht Nr. 16 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – würden damit zur Kenntnis genommen.

Titel 52611 – Städtebauliche Wettbewerbe –

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 19 - Städtebauliche Wettbewerbe
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025) Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht Nr. 19 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BL der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 4

Ansatz 2026: 1 660 000 Euro

Ansatz 2027: 1 200 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 80 000 Euro

2027: - 150 000 Euro

„a) Gegenfinanzierung; geringerer Bedarf

b) Anpassung der Tabelle:

TA 6 Gestaltungsverordnungen:

2026: 70.000 €

2027: 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 53315 – Beirat für Stadtgestaltung –

in Verbindung mit

Titel 53320 – Beirat für frauenspezifische Belange –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12**

hier: Bericht 20 - Beirat für Stadtgestaltung

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2509](#)

Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht Nr. 20 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 54007 – Vorarbeiten im Rahmen von Bauleitplanungsverfahren –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 21 - Titel 54007 – Ist 2024
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht Nr. 21 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 17 - Veranstaltungen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, wann mit der Vorlage der Konzeption für die Internationale Bauausstellung – IBA – und der Beschlussfassung im Senat zu rechnen sei.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) gibt an, das Ziel sei, noch in diesem Jahr den Beschluss zu fassen. Man sei jedoch noch in den Abstimmungen.

Steffen Zillich (LINKE) erwidert, er wolle in diesem Fall einen Folgebericht zu Ende Januar 2026 anfordern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Weitere Fragen und Wortmeldungen gebe es nicht. Der Bericht Nr. 17 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – werde damit zur Kenntnis genommen.

Titel 54082 – Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof (Tempelhof Projekt GmbH) –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

[2509](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 22 - Rückgang beim TA 2

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) greift die Angabe auf, dass die Maßnahmen aufgrund der Haushaltskonsolidierung auf die zwingend notwendigen Rückgratprojekte konzentriert würden. Dann werde jedoch ausgeführt, dass auch für die Umsetzung dieser Projekte die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Wie werde also eine Priorisierung innerhalb der Projekte vorgenommen? Erfolge eine zeitliche Streckung der Maßnahmen, oder werde sich auf bestimmte Teile der zwingend notwendigen Infrastruktur konzentriert?

Senator Christian Gaebler (SenStadt) bestätigt, dass es eine Priorisierung gebe, die sich zunächst nach bautechnischer Notwendigkeit richte: Beispielsweise habe der Zustand der Hangardächer Konsequenzen für den Schutz der übrigen Baubestandteile wie der Mauern oder des Fundaments. Die Priorisierung erfolge also nach einer Notwendigkeit der Schadens- und Gefahrenabwehr und habe weiterhin das Ziel, eine Nutzbarkeit herzustellen. In der Frage der Raumnutzung werde auch geprüft, wie die Hangars für sich geschlossen genutzt werden könnten; so sollten etwa möglichst viele der Bürotrakte mit entsprechenden Absicherungen im Brandschutz und anderen Bereichen in Betrieb genommen werden können. Teils würden Projekte so weit vorbereitet, dass bei verfügbaren Mitteln zusätzliche Dinge begonnen werden könnten. Man gehe davon aus, in den Folgejahren prüfen zu können, ob zusätzliche Mittel für die notwendigen Investitionen mobilisiert werden könnten. Dies sei auch abhängig von der möglichen Nutzung und dem, was die nutzenden Parteien beitragen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass keine weiteren Fragen und Wortmeldungen vorlägen. Der Bericht Nr. 22 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – werde damit zur Kenntnis genommen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 BO](#)

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12

lfd. Nr. 5

Ansatz 2026: 2 950 000 Euro

Ansatz 2027: 450 000 Euro

VE 2026: 1 200 000 Euro

VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 300 000 Euro

2027: + 500 000 Euro

VE 2026: +/- 0

VE 2027: +/- 0

„a) Mehr für Maßnahmen im öffentlich zugänglichen Raum zur Stärkung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts und der kulturellen Stadtentwicklung (Urbane Praxis), Fortführung der Netzwerkstelle (+ EUR 200.000 im HJ 2027). Außerdem Schaffung eines neuen Teilansatzes zur Förderung der „Berlin Mondiale“.

b) Änderung der Bezeichnung des Teilansatzes 2 „Voruntersuchungen innovativer Projektentwicklungsansätze und -methoden im Rahmen von Sonderprojekten“ wie folgt: „Maßnahmen im öffentlich zugänglichen Raum zur Stärkung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts (Urbane Praxis)“

Anpassung der Tabelle:

TA 2: Maßnahmen im öffentlich zugänglichen Raum zur Stärkung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts (Urbane Praxis)

2026: 300.000 €

2027: 300.000 €

TA 4 (neu): „Berlin Mondiale“

2026: 300.000

2027: 300.000

Nach der Tabelle mit den Teilansätzen wird folgende Erläuterung ergänzt:

„Zu 2: Ausgaben für Maßnahmen im öffentlich zugänglichen Raum zur Stärkung des Stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts durch temporäre, projektbegleitende Installationen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung, Soziales, Umwelt und Integration anhand von Gestaltungsaufgaben in der Schnittstelle zu Stadtentwicklung und Architektur inklusive Vorbereitungen planerischer und konzeptioneller Art (Urbane Praxis).“

„Zu 4: Ausgaben für ein Modellvorhaben der kulturellen Stadtentwicklung „Kultur Verbindet Quartiere“ am Leopoldplatz, Kreuzberg-Nord – Wassertorkiez, Urbanstraße, Hasenheide, Gräfekiez, in dem innovative Maßnahmen kultureller Stadtentwicklung in sozial benachteiligten Berliner Quartieren erprobt werden (Fokus auf die Handlungsräume 06 und 08 im Rahmen der ressortübergreifenden Gesamtinitiative). Darin sollen kulturelle Teilhabe, demokratische Mitgestaltung und soziale Zusammenhalt gezielt dort gestärkt werden, wo Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 4

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Änderungsantrag Nr. 4 der Vorlage rote Nr. 2400 BL der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich mit der soeben erfolgten Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 5 der Vorlage 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD erledigt.

Titel 82164 – Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der [Haupt](#)
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 23 - Zeitplan zu den größeren
Ankaufsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu diesem Bericht Nr. 23 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – keine Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Er sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 83111 – Kapitalzuführung an die Tegel Projekt GmbH –

in Verbindung mit

Titel 89365 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel –

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der [Haupt](#)
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 24 - Maßnahmen zur Entwicklung des
Zukunftsstandorts Tegel
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, dass das Thema schon einmal bei den Wirtschaftsplänen angesprochen worden sei, als es auch um eine Auflistung der einzelnen Maßnahmen gegangen sei. Er sei nun nicht sicher, inwieweit sich die Tabellen überschneiden, bitte aber darum, auch hier noch eine Ergänzung um Planungsstand und Gesamtkosten vorzunehmen – gegebenenfalls natürlich nicht doppelt, sondern im Falle einer Überschneidung nur einmal.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Weitere Fragen und Wortmeldungen gebe es nicht. Der Bericht Nr. 24 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – werde damit zur Kenntnis genommen.

Titel 89111 - Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 6

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz 2026: 1 500 000 Euro
Ansatz 2027: 1 500 000 Euro

VE 2026: 1 500 000 Euro
VE 2027: 1 500 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0
2027: - 100 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Gegenfinanzierung, geringerer Bedarf“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89364 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof –

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 14 - Zuschüsse für Maßnahmen zur
Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2509](#)
Haupt

- b) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: **Bericht 15 - Zeitplan und Zielstellung des neuen**
Sanierungskonzepts
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025) Haupt
- c) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: **Bericht 36 - Vermietungen am Markt**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025) Haupt

André Schulze (GRÜNE) gibt an, er beantrage zum Bericht Nr. 15 unter b) einen Folgebericht zum Stand und Zeitplan des Sanierungskonzepts zum 30. September 2026. Es werde zwar ausgeführt, dass die Fertigstellung im Jahr 2027 erfolgen solle; der Ablauf der Wahlperiode liege jedoch früher, weswegen der aktuelle Sachstand festgehalten werden solle.

Steffen Zillich (LINKE) ergänzt, er wolle auch zum Bericht Nr. 36 unter c) einen Folgebericht zum Stand der Vermarktung des Kopfbaus West beantragen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsansträge fest. – Weitere Fragen und Wortmeldungen gebe es nicht. Die Berichte Nr. 14, Nr. 15 und Nr. 36 der Sammelvorlage – rote Nr. 2509 – würden damit zur Kenntnis genommen.

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 7

Ansatz 2026: 9 880 000 Euro
Ansatz 2027: 9 964 000 Euro

VE 2026: 9 000 000 Euro
VE 2027: 7 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 000 Euro
2027: +/- 0

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Mehr für Veranstaltungstechnik für das Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof

b) Am Ende des Absatzes ‚Die Tempelhof Projekt GmbH beabsichtigt (...)‘ wird folgender Satz eingefügt: ‚Mittel in Höhe von 1.000.000 € im Haushaltsjahr 2026 sind für die Beschaffung von Tribünen, Veranstaltungsausstattung und Veranstaltungstechnik vorgesehen.‘

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 aus der Vorlage rote Nr. 2400 BO der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 89382 – Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen
Wohnungsbauprojekten –**

Ansatz 2026:	1 000 000 Euro
Ansatz 2027:	1 000 000 Euro
VE 2026:	750 000 Euro
VE 2027:	750 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 8

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz 2026:	+500 000 Euro
Ansatz 2027:	+500 000 Euro
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Mehr für die Förderung von experimentellen Bauprojekten „E“ bei planerischen Vorleistungen mit der Zielsetzung, zusätzliche Einsparungen zu erzielen.

b) Anpassung der Erläuterung: Nach dem Satz „Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind auch bestimmt (...).“ wird folgender neuer Satz ergänzt: „Die Ausgaben sind auch bestimmt für die Förderung von experimentellen Bauprojekten „E“ bei planerischen Vorleistungen mit der Zielsetzung, zusätzliche Einsparungen zu erzielen“.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

**Titel 89385 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das Areal des ehemaligen
Güterbahnhofs Köpenick –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12**
hier: Bericht 18 - Güterbahnhof Köpenick
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

[2509](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 18 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung –

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der [Haupt](#)
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 27 - Thematische Untersuchungen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich nach dem Sachstand bei der Vorbereitung der aktuellen Abfrage.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) teilt mit, es gebe noch keine Antwort auf die Anfrage.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 27 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Titel 68240 – Zuschuss an die Sichereres Wohnen AöR –

Ansatz 2026:	450 000 Euro
Ansatz 2027:	400 000 Euro
VE 2026:	150 000 Euro
VE 2027:	150 000 Euro

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
lfd. Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 9

Ansatz **2026:** +50 000 Euro
Ansatz **2027:** +100 000 Euro
VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Erweiterung der Ressourcen der Mietpreisprüfstelle und Streichung des vorläufigen Wirtschaftsplans, da die Sichereres Wohnen AöR nach Novellierung des SWErG nicht mehr zur Vorlage eines Wirtschaftsplans verpflichtet und der Arbeitsplan nicht im Haushaltsplan darzustellen ist.

b) Anpassung der Erläuterung: Nach dem Satz „Es wurde ab 2025 dafür eine sog. Mietpreisprüfstelle eingerichtet.“ wird folgender neuer Satz ergänzt: „Für die Mietpreisprüfstelle werden 200.000 Euro in 2026 und 250.000 Euro in 2027 zur Verfügung gestellt.“

c) Anpassung der Erläuterung: Streichung des vorläufigen Wirtschaftsplans“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

Titel 68544 – Projekte der Freiwilligenarbeit –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 28 - Projekte der Freiwilligenarbeit
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen Folgebericht zum Thema „QM light und Nachsorge“ bis zum 30. September 2026.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht Nr. 28 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 89367 – Städtebauförderung „Sozialer Zusammenhalt“ –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 26 - Städtebauförderung „Sozialer
Zusammenhalt“
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 26 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89369 – Soziale Infrastrukturmaßnahmen in Quartieren auch außerhalb von Städtebaufördergebieten –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 29 - Soziale Infrastrukturmaßnahmen
in Quartieren auch außerhalb von Städtebau-
fördergebieten
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

André Schulze (GRÜNE) fragt, ob der Titel genügend Mittel für die Fortführung der Mobilien Stadtteilarbeit enthalte oder der Haushaltsgesetzgeber tätig werden müsste.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) antwortet, nach Beschluss des Haushalts müsse man gucken, welche Sperren bestünden, und dann komme es auf die Freigabe an. Man habe ein Verfahren gefunden, mit dem man dies zügig auf den Weg bringen könne.

André Schulze (GRÜNE) schlussfolgert, dass der Senatsentwurf ausreichend hohe Ansätze enthalte, um die Maßnahme fortzusetzen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 29 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 89374 – Städtebauförderung Lebendige Zentren und Quartiere –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 30 - Städtebauförderung Lebendige
Zentren und Quartiere
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, inwieweit in dem Programm Vorkehrungen getroffen würden, um nach der Gestaltung intervenieren zu können, insbesondere bei übergenutzten Stadtplätzen o. Ä.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) erklärt, laufende Finanzierungen zu Unterhalt und Instandsetzung nach der Erstellung müssten im Zweifel die Bezirke übernehmen. Wenn etwas völlig neu gemacht werden müsse, könne man eine Investitionsmaßnahme machen.

Steffen Zillich (LINKE) stellt die Nachfrage, ob Bezirke einen Anteil innerhalb der Maßnahme reservieren könnten, um nach einem halben Jahr „noch mal drüber zu gehen“.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) verneint dies, weil dies nicht den Fördervorgaben entspräche.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 30 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 89375 – Europa im Quartier –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 31 - Europa im Quartier
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 31 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89379 – Städtebauliche Einzelmaßnahmen –

Ansatz 2026:	1 000 000 Euro
Ansatz 2027:	1 000 000 Euro
VE 2026:	700 000 Euro
VE 2027:	700 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2400 BO](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 10

Ansatz 2026:	+/-0
Ansatz 2027:	+/-0
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Mehr für das Haus der Statistik

b) Nach „...700.000 € veranschlagt“ wird folgender Satz ergänzt: „Es sind außerdem Mittel zur Verstärkung der städtebaulichen Einzelmaßnahme beim Haus der Statistik vorgesehen, um Kostensteigerungen bei der kooperativen Quartiersentwicklung des gemeinwohlorientierten Teils Haus A abzufangen.“ “

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus –

Titel 18141 – Rückflüsse von Wohnungsbauförderdarlehen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025

[2509](#)

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12**
hier: Bericht 33 - Rückflüsse von Wohnungsbau-
förderdarlehen

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bittet SenFin um schriftliche Auskunft, inwieweit vor der Umstellung die Salden der Darlehensvergaben und -rückflüsse in das Saldo der finanziellen Transaktionen und ins strukturelle Saldo eingeflossen seien.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht Nr. 33 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 66106 – Schuldendiensthilfen für die Eigentumsförderung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Titel 68127 – Zuschüsse zur Begrenzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau –

Ansatz 2026:	2 800 000 Euro
Ansatz 2027:	3 500 000 Euro
VE 2026:	800 000 Euro
VE 2027:	700 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD [Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 14

Ansatz 2026:	-50 000 Euro
Ansatz 2027:	-100 000 Euro
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

a) Gegenfinanzierung, geringerer Bedarf

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

Titel 83140 – Kapitalzuführungen an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenStadt – IV A 19 – vom 02.10.2025 [2131 J](#)
Eigenkapitalzuführung an landeseigene Haupt
Wohnungsbaugesellschaften für die Förderung des
Wohnungsbaus
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2131 J ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 25 - Kapitalzuführungen an
landeseigene Wohnungsbaugesellschaften
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich nach den Leuchtturmprojekten der WBM. In welchem Rahmen seien Kapitalzuführungen geplant? Zum Schumacher-Quartier habe es Betrauungsakte gegeben. Inwieweit bildeten die dargestellten Mittelbedarfe degewo und GESOBAU die Mittelbedarfe für die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Betrauung nur für 2026/27 oder insgesamt ab? Brauche man dafür VE? Seien diese Kapitalzuführungen in der Anlage 8 aufgeführt?

Dr. Jochen Lang (SenStadt) verweist auf das Haus der Statistik. Das zweite Leuchtturmprojekt könne er im Moment nicht nennen. In dem Titel gebe es keine VE. Bei Betrauungsakten erfolge in der Regel im Jahr der Betrauung auch die Zahlung. Beim Schumacher-Quartier seien die Betrauungsakte aufgrund des Bedarfs so gestaltet, dass die Mittel teilweise in den Folgejahren ausgezahlt würden. Diese würden aus Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Städtebau und Projekte – Titel 89111 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen – finanziert.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) teilt mit, dass die Kapitalzuführungen an die landeseigenen Wohnungsunternehmen in Anlage 8 aufgeführt seien.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, warum hier ein Ansatz sei, wenn die Betrauungsakte für das Schumacher-Quartier im Kapitel 1220 finanziert würden. Umfassten die Ansätze für degewo und GESOBAU eine Teilsumme der Ausgleichszahlungen für die Betrauungsakte, oder sei das der gesamte Bedarf? Er sei nicht sicher, ob die Kapitel 1220 und 1295 deckungsfähig seien. Zur WBM bitte er um genauere Auskünfte. Handele es sich auch um Betrauungsakte?

Dr. Jochen Lang (SenStadt) sagt zu, eine Mitteilung über das zweite Leuchtturmprojekt der WBM nachzureichen. Man brauche hier keine Deckungsfähigkeit, weil im entsprechenden Titel in Kapitel 1220 die Ermächtigung für Zuführungen an Landesunternehmen bestehe. Es

sei nach Eigenkapitalzuführungen bei Neubauvorhaben gefragt worden. Er gehe davon aus, dass bei all diesen Kapitalzuführungen ein Betrauungsakt erforderlich sei. Wo geschehen, habe SenStadt dem Ausschuss entsprechend berichtet. Theoretisch sei eine Eigenkapitalzuführung ohne denkbar, er halte dies aber für sehr unwahrscheinlich.

Steffen Zillich (LINKE) bemerkt, dass es sich bei der Gewobag um den Klimapakt handele.

Dr. Jochen Lang (SenStadt) stellt klar, dass er gerade über die Neubauvorhaben gesprochen habe.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, dass er die Operation im Kapitel 1220 noch nicht nachvollziehen könne. Er bitte um einen Bericht, weshalb die Ermächtigung für Zuführungen in dem einen Titel gleichzeitig auch eine Verpflichtung zu Zuführungen aus einem anderen Titel beinhalten solle. Der Bericht solle einbeziehen, was noch zur WBM zu sagen sei.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht Nr. 25 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 86341 – Darlehen für die Wohnungsbauförderung –

Ansatz 2026:	1 085 339 000 Euro
Ansatz 2027:	1 383 469 000 Euro
VE 2026:	875 255 000 Euro
VE 2027:	875 255 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 15

[2400 BO](#)
Haupt

Ansatz 2026:	+/-0
Ansatz 2027:	+/-0
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Einfügung von Teilansätzen

b) Nach den vier Spiegelstrichen werden folgende Ergänzungen eingefügt:

„Neubauförderung:

2026: 969.364.000 €

2027: 1.226.494.000 €

Genossenschaftsförderung/ Bestanderwerb:

2026: 24.000.000 €

2027: 24.000.000 €

Klimagerechtes Bauen:

2026: 50.000.000 €

2027: 100.000.000 €

Junges Wohnen:

2026: 41.975.000 €

2027: 32.975.000 €

Die Teilansätze können je nach Bedarf in den einzelnen Förderprogrammen geändert werden.“ “

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

Mitberaten werden:

- a) Bericht SenStadt – IV A 2 – vom 06.11.2025 [2414 F](#)
Liquiditätsbedarfe in der Wohnungsbauförderung Haupt
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob es sich schon um einen Berichtsstandard für die Zukunft handle; mit der IBB werde an einer IT-Lösung gearbeitet. Es wäre gut, nach Darlehen und Zuschüssen zu differenzieren und diesen Standard in einem Folgebericht zu sichern. SenStadt rechne im Haushaltsjahr 2025 mit einem Abruf für Darlehensverpflichtungen von 459,3 Mio. Euro und 615,7 Mio. Euro an Auszahlungen für den Wohnungsneubau aus dem Sondervermögen. Da im Sondervermögen nichts mehr sei, dürfte dies mit dem Zuführungsbedarf aus dem Landeshaushalt identisch sein. Im Nachtragshaushalt habe man 755 Mio. Euro Darlehen und 547 Mio. Euro Zuschüsse aus dem Sondervermögen gehabt. Solche Zuführungen seien in dem Kapitel gegenseitig deckungsfähig. Es könne u. U. ein Finanzierungsproblem wegen der Kreditfinanzierung geben, wenn der Darlehensanteil gegenüber der Veranschlagung signifikant sinke und der Zuschussanteil gegenüber der Veranschlagung signifikant steige. Er gehe davon aus, dass die Umsteuerung im Rahmen der Deckungsfähigkeit erfolge.

Katrin Dube (SenFin) antwortet, man müsse sehen, inwieweit das ein Risiko für 2026 bilde. Man sehe dies aktuell nicht als Risiko für die Darlehen und gehe von einem Ausgleich innerhalb des Haushalts aus.

Senator Christian Gaebler (SenStadt) erklärt, wenn die Darstellung im Bericht Anklang finde, könne man diese übernehmen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen Bericht zum 30. Juni 2026 mit einer Unterteilung zwischen Darlehen und Zuschüssen in den Positionen der Abflussprognose. In der nächsten Wahlperiode könne man über eine jährliche Berichterstattung nachdenken.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht rote Nr. 2414 F zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 34 - Darlehen für die Wohnungsbauförderung
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 34 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 86344 – Wohneigentumsförderung –

Ansatz 2026:	17 000 000 Euro
Ansatz 2027:	17 000 000 Euro
VE 2026:	13 600 000 Euro
VE 2027:	13 600 000 Euro

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BO](#)
Fraktion der SPD [Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 16

Ansatz 2026:	+/-0
Ansatz 2027:	+/-0
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Präzisierung der Titelerläuterung, da in die Förderbedingungen aufgenommen werden soll, dass ausschließlich der Erwerb leerstehender und dann selbst genutzter Wohnungen gefördert wird.

b) Der Satz "Förderobjekte sollen ausschließlich Neubauten zur dauerhaften Eigen - und Wohnnutzung sein." in der Titelerläuterung wird wie folgt neu gefasst: „Gefördert werden ausschließlich leerstehende oder selbst angemietete Objekte, die der dauerhaften Eigen - und Wohnnutzung dienen. Die Verdrängung bestehender Mieterinnen und Mieter ist auszuschließen.“ “

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

Titel 88405 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Genossenschaften –

Steffen Zillich (LINKE) spricht an, dass die Probleme beim Abfluss der Genossenschaftsförderung bei zwei Punkten bestünden: Der erste Punkt sei, inwieweit nicht vorhandenes Grundstückseigentum, sondern Erbbaurechte bei den Förderbestimmungen als Eigenkapital ange-

rechnet werden könnten. Der zweite Punkt sei ihm im Moment entfallen, aber schon diskutiert worden. Er bitte um einen Fortschrittsbericht des Senats zum Ende des ersten Quartals 2026 zu den Problemen bei der Förderung von Genossenschaften, der aufzeige, inwieweit der Senat aus der Erkenntnis einen Umgang mit diesen Konfliktpunkten zwischen Liegenschaftspolitik, Förderung von Genossenschaften und Förderpolitik der IBB gefunden habe oder finde.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) sagt den gewünschten Fortschrittsbericht zu.

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Titel 88409 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von klimagerechtem Bauen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 [Haupt](#)
lfd. Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Titel 88410 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Junges Wohnen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der [Haupt](#)
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 32 - Förderung von Junges Wohnen
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, dass seine Fraktion hierzu Fragen schriftlich nachreichen werde. Inwieweit sei dieses Förderprogramm auch für die Verhinderung von Verlust von Wohnraum verwendbar? Man habe Wohnraumplätze, die kurz davor seien, dass sie nicht mehr genutzt werden könnten.

Dr. Jochen Lang (SenStadt) erklärt, das Thema sei bekannt. Seines Wissens gehe es bei den diskutierten Fällen um Instandsetzung oder -haltung, was normalerweise in der Wohnraumförderung Eigentümeraufgabe sei und nicht gefördert werde. Gefördert würden Neubau, Sa-

nierung oder Modernisierung. Angesichts der Mangellage in diesem speziellen Segment habe SenStadt entschieden, mit diesem Programm ausschließlich den Neubau zu fördern.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 32 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Titel 54012 (neu) – Wohnraumschutz: Ersatzvornahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Titel 83104 (neu) – Kapitalzuführungen an landeseigene Wohnungsbauengesellschaften –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
lfd. Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 BL ohne Aussprache ab.

Kapitel 1270 – Denkmalschutz und Denkmalpflege –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenStadt – Z F 1 – vom 13.11.2025 [2509](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 35 - Verfahrens- und Verbesserungsvorschläge Landesdenkmalamt
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Folgebericht bis Ende Februar/Anfang März, der die in Rede stehenden Maßnahmen zur Optimierung von Denkmalschutzverfahren und ihre konkrete Anwendung darstelle. Außerdem solle der Bericht aufzeigen, bei welchen landeseigenen Bauvorhaben Diskussionen um das Thema Denkmalschutz dazu führten, dass es noch keine Entscheidung über den Fortschritt der jeweiligen Baumaßnahme gebe.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht Nr. 35 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2509 zur Kenntnis.

Kapitel 1271 – Landesdenkmalamt –

Titel 52116 – Denkmalpflegerische Maßnahmen in Grünanlagen –

Ansatz **2026:** 490 000 Euro
Ansatz **2027:** 490 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
lfd. Nr. 13

[2400 BO](#)
Haupt

2026: +150 000 Euro
2027: +50 000 Euro

„a) Mehr für die Parklandschaft Glienicke

b) Anpassung der Tabelle:

Umbenennung TA 1 in „Berliner Teil des Weltkulturerbes Parklandschaft Glienicke
(Parkpflegewerk Landschaftspark Glienicke, Böttcherberg, Loggia Alexandra)“

2026: 200.000 €
2027: 100.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 BO ohne Aussprache zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 12 abgeschlossen sei.

Punkt 18 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.